

# „Vorwärts“

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ erscheidender Behörden. Schriftleitung: Dr. Wäckerle & Schulze-Wechsungen, Nr. 246/5, 246/7, 2605. Vertriebs- und Anzeigenverwaltung: mittags von 13 bis 14 Uhr. - Umsonst einzeln abzugeben. In Rest des Reichs durch Postbestellung.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Abholer mindestens 0,45 RM. Vorbestellung 2,10 RM. durch Botenpost auswärts 2,80 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. - Einzelnenpreis 15 Pf. in Umschl. und 20 Pf. im Restanteil der Wäckerle, Hauptvertriebsstelle: Dr. Wäckerle & Schulze-Wechsungen, Nr. 246/5, 246/7, 2605. Postfachkonto 2810 Braunschweig.

## Fast 600 Banken werden im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“ geschlossen Amerikapleite ohne „Marxisten“ Kapitalistischer Riesen-Zusammenbruch im nordamerikanischen Bundesstaat Michigan

Das über den nordamerikanischen Bundesstaat Michigan verhängte Bankenmoratorium erweist sich auf nicht ganz 600 Banken, die immerhin einen Einlagenbestand von etwa 6 Milliarden Mark haben. Man glaubt vorläufig mit 8 Bankfeiertagen auszukommen; allerdings setzen sich bereits Forderungen des Zahlungsverbot durch. So soll kleinen Sparern während der 8 Feiertage 5 Proz. ihrer Guthaben ausbezahlt werden. Auch haben die großen Industriefirmen die Bezahlung der Arbeiterlöhne versprochen.

In Michigan herrschen gegenwärtig die gleichen Zustände wie bei uns im Sommer 1931, als die Danabank ihre Schalter schloß und andere Großbanken, wie die Dresdner Bank, ihre Unfähigkeit eingestehen mußten. Die Auszahlungen weiter durchzuführen. Wir wissen, daß der Schluß der Danabankhalter ihre Verschärfung der Wirtschaftskrise nach sich zog, deren Ende auch heute noch nicht absehbar ist und

die von den deutschen Sozialisten dem sogenannten Marxismus in die Schuhe zu schieben versucht wird, obwohl die Ursache eindeutig bei der großkapitalistischen Wirtschaft liegt. Man fragt sich heute, ob aus der Pleite in Michigan ähnliche Auswirkungen hervorgehen werden. Für die Entwicklung der ganzen Weltwirtschaftskrise dürfte das eine wichtige Frage.

Das müde Europa, das unter der Herrschaft eines trübsinnigen Revisionismus und im Zeichen der politischen Reaktion immer mehr der wirtschaftlichen Katastrophe verfallt, hat - das kann nicht mehr gelugnet werden - seine ganze Hoffnung auf die Weltwirtschaftskrise und auf eine wirtschaftliche Aufbesserung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gesetzt. Werden die spärlichen Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung in Nordamerika durch eine Verschärfung der Krise weggespült, dann müssen die Folgen Europa ebenso wie Nordamerika treffen.

Solche Dinge, wie wir sie gegenwärtig im Staate Michigan erleben, pflegen sich in der Regel auf die internationalen Börsen auszuwirken. Soweit die Berliner Börse in Frage kommt, muß man feststellen, daß die Stimmung im Anfang der Abwärtsentwicklung schwerer unter den amerikanischen Ereignissen litt.

Dann aber legte sich in der Berliner Börse am Mittwoch jener Optimismus wieder durch, der unter allen Umständen eine Hausse haben will und diese Hausse am Mittwoch zur Abwechslung einmal mit dem sehr einseitigen Argument begründete, daß nach der Pleite in Nordamerika es in der Welt offenbar wäre, daß das sicherste Land für Geldanlagen wieder Deutschland ist. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob die Wähler dieses Arguments selbst an ihre Argumentation glauben; immerhin war die Berliner Börse zum Schluß fest und optimistisch.

Was aber nicht folgen will. Sicherlich, die Dinge um die Pleite im Staate Michigan liegen schwer, aber für ein Land wie Amerika mit seinen unheimlich starken Reserven keineswegs hoffnungslos.

Was ist in Michigan passiert? Eine immerhin umfangreiche Bank, die Union Guardian Trust Company, ist zahlungsunfähig geworden.

Es hat sich während der letzten Jahre ansehend in der Bau- und Boden Spekulation betätigt, die mit der Industrialisierung des Staates Michigan, besonders durch die großen Autofabri-

(Ford, General Motors, Chrysler, aus dem Boden schloß. Diese Spekulation ist mit dem Verfall der nordamerikanischen Bodenpreise zusammengebrochen. Die Bank tann schwer Zinsen nach Kapital hereinbekommen. So wurde die bekannte Stützungsaktion fällig. Hierbei scheint es zu Auseinandersetzungen zwischen den Großaktionären gekommen zu sein. Großaktionäre sind z. B. die Ford, Walter und Gosh, Henry und Edsel Ford. Sie stellen bereits rund 30 Millionen Mark für die Stützung der Union Guardian Trust Company beigetragen haben. Sie waren aber nicht dazu bereit, ihre Guthaben zur Befriedigung der kleinen Sparer zur Verfügung zu stellen. So ging die Bank, die man, nicht ganz mit Unrecht als Hausbank des Ford-Konzerns anprahl, über Bord; immerhin mit Erschütterungen, die der Bundesregierung in Michigan geraten sein ließen, ein Bankenmoratorium zu verhängen. Demnach muß der Ruin unter den Sparern in Michigan sehr groß sein.

Es ist nicht zum erstenmal während der gegenwärtigen Krise, daß nordamerikanischen Bankbesitzern mit einem Bankenmoratorium beglückt worden sind. Es hat sich aber dabei um kleine, rein agrarische Staaten gehandelt. Michigan aber ist ein hochindustrieller Staat, in dem vor allem die wichtigsten nordamerikanischen Autofabriken, die rund 600 Banken des Staates Michigan besonders ausgehöhlt sind, weil es der nordamerikanischen Autoindustrie in den letzten Jahren ebenfalls sehr schlecht gegangen ist wie der Autoindustrie anderer Länder.

Es mag aber auch sein, daß das formidablen Reden von einer Dollarinflation und von

stoffpreisen agrarischen Stützungsprojekten die Sparer gegenwärtig äußerst mißtraulich gemacht hat. Wir halten das letztere für ausschlaggebend. Daher erklärt es sich auch, daß die Bundesreferentbanken in Nordamerika, die, groß genommen, der Deutschen Reichsbank entsprechen, alle Anstrengungen machen, um den Bankenapparat in Michigan wieder in Gang zu bringen. Man spricht von Summen in Höhe von einigen hundert Millionen Mark, die der Bankwirtschaft in Michigan zur Verfügung gestellt werden sollen.

Das Ziel ist natürlich, das Heberbringen des Ruins auf die anderen nordamerikanischen Banken zu verhindern. Es das gelingt aber nicht, das ist die bangste Frage. Gelingt es nicht, was trotz aller reichen Reserven der amerikanischen Wirtschaft möglich ist, dann braucht man noch nicht sofort an Rückwirkungen auf die bestehenden Schuldenverhandlungen und die Weltwirtschaftskrise zu denken.

Andere Auswirkungen werden sich unangenehm genug bemerkbar machen. Wir neigen zu der Auffassung, daß Amerika, ob mit oder ohne Ruin, vor einer neuen Vertrauenserschütterung steht, die sich vor allem auf die amerikanische Rohstoffwirtschaft (Weizen, Baumwolle ujm.) auswirken wird. Die amerikanische Rohstoffwirtschaft ist aber ein Sektor, mit dem die Vereinigten Staaten von Nordamerika weit in die großen Weltmärkte hinein reichen, von denen man annimmt, daß erst mit ihrer Befreiung sich eine Befreiung in der gesamten Weltwirtschaft vollziehen kann. Aus diesen Überlegungen heraus möchten wir die Ereignisse in Michigan etwas folgenschwerer beurteilen als z. B. die Berliner Bär.

## Bierzehn Tage Hitler - Papen

Das Kabinett der „nationalen Konzentration“ ist seit 14 Tagen im Amt. Die „Konzentriertheit“ hat seitdem merkwürdige Beleuchtungen erfahren. Eine Rede Hugenburgs bei der Gründung der Kampfbund Schwarzweißrot hat weitgehende Gegenliebe innerhalb dieser sogenannten Konzentration erwecken lassen.

In diesen 14 Tagen hat sich in Deutschland manches geändert - aber wer wollte behaupten, daß es besser geworden sei? Arbeitslosigkeit, Not, Hunger, Elend - schlimmer denn je. Wer seine Sache auf Verpredigten gestellt hat, erlebt bittere Enttäuschung.

Immerhin hat sich doch einiges geändert und einiges ist vorgegangen. Der Chronist der dies verzeihlich, muß vorsichtig sein. Er muß sich darauf beschränken, Tatsachen in Worten zu fassen. Er darf nämlich nicht die Zeitläufe aus dem Auge verlieren, doch diese 14 Tage tatsächlich der Pressefreiheit in Deutschland ein Ende gemacht haben. Heber die oppositionelle Presse ist ein Vogel von Verboten niedergegangen wie niemals zuvor. Über so das Wort des Kritikers eingeklinkt ist, da sprechen die Tatsachen selber, deren Bekanntgabe man schließlich nicht verbieten kann weil sie von der Regierung selber mitgeteilt werden müssen.

Tatsache ist, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 in Sachen Brauns beläufig geblieben ist. Tatsache ist, daß die Reichsregierung die preußischen Stimmen im Reichstag selbst instruiert mit und damit das Ausland

## „Vorwärts“ abermals verboten!

Eine Woche Wahlkampf in Berlin ohne sozialdemokratische Zeitung

Der „Vorwärts“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 22. Februar einschließlich verboten worden. Als Gründe für das Verbot werden angeführt:

„Die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Vorwärts“ veröffentlicht in Nr. 75 (Vorgangsausgabe) vom 14. Februar 1933 einen Artikel mit der Überschrift: „Für die Wahrgabe!“ Der Samstag in Eisenbahn- und Friedrich Stampfer. Dieser Artikel gibt Anlaß zu Beanstandungen auf Grund des § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933. Der Verfasser geht bei seinen Darlegungen von der durch die eingeleiteten Ermittlungen insoweit völlig widerlegten Behauptung aus, daß nicht aus dem Hause des „Rassenkampf“ in Eisenbahn zuerst auf die Nationalsozialisten geschlossen worden sei, sondern daß diese ohne äußeren Anlaß das in kommunalistischem Eigenem lebende Geschwür überfallen hätten, um die Einmischung zu verhindern und gegen die darin befindlichen Personen gewalttätig vorzugehen. In der gleichen Richtung bewegen sich die weiteren Ausführungen über den Vorgang des „Sturms auf die Zurnhalle“. Auch hier zielt die Schilderung offensichtlich darauf ab, das Verhalten der nach den Feststellungen der eingeleiteten Untersuchung unabweislich auch von dieser Baugleichheit aus durch Schiffe angegriffenen Nationalsozialisten als eine jeder inneren Berechtigung entbehrende brutale Ausgrenzung zu charakterisieren. Aus diesen von

dem Verfasser bemußt im Gegenlaß zu anderen Zeitungen gegebenen Sachdarstellungen, die er in Verbindung mit von der Regierung getroffenen Maßnahmen bringt, wird der Schluß gezogen, daß die Behörden nicht etwa aus mangelnder Objektivität, sondern vorzüglich pflicht- und rechtsmäßig diese Darstellung vorzuziehen und aufrechtzuerhalten hätten, da sie dem Lauf der Weltgeschichte, wie er jetzt von uns vorgeschrieben ist, angepaßt werden müßte. Diefelbe böswillige Ver-

ächtlichmachung der Behörden und insbesondere des verantwortlichen Leiters der preußischen inneren Verwaltung zeigt sich auch darin, daß im vorliegenden Absatz die Erwartung ausgesprochen wird, von diesen Behörden könne ein objektives Untersuchungsergebnis nicht erwartet werden, die „Bürgerleute von Eisenbahn“ würden nie erfahren, was nach Auffassung des Schriftführers das tatsächliche Untersuchungsergebnis sein müßte. Die Tendenz des bezeichneten Aufsatzes, der als Beitrag veröffentlicht ist, wird noch dadurch unterstrichen, daß auf der ersten Seite des Hauptblattes an hervorragender Stelle mit der besonders auffallenden, großgedruckten Überschrift: „Aus dem braunten Deutschland - Reichstentribunen in Eisenbahn“ in derselben Weise zu den vorliegenden Stellung genommen wird, während eine vorläufige amtliche Darstellung des Polizeipräsidenten in Halle vom 13. Februar 1933 mit feinerer Heberlichkeit und keinem Zugleich zu nachgedrungen wird, daß der unbenannte Leser aus dem Zusammenhang mit den Darlegungen des Hauptaufsatzes notwendigerweise den von dem Verfasser offensichtlich gewollten Eindruck bemußt pflichtwidrig und parteiischen Verhaltens der Behörde gewinnen muß. Hiernach rechtfertigt sich das ausgesprochene Verbot nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 der angelegenen Verordnung.“

Nach diesem Verbot muß die Sozialdemokratie in der Reichshauptstadt während einer Woche den Wahlkampf ohne Zeitung führen!

## Der erweiterte Vollstreckungsschutz

Die neue Vollstreckungsgesetzesverordnung des Kabinetts Hitler, die am Mittwoch veröffentlicht worden ist, beweist eindeutig und klar, daß der Reichsstandwirtschafterminister Hugenburg die agrarpolitischen Dinge bestimmt, und zwar durchgängig in Hebererklärungen mit den Forderungen des großagrarischem Reichsstandbundes. Reichsstandwirtschafter Hitler hat insoweit in seiner Rundfunkrede betont, daß er zuerst der Landwirtschaft helfen wolle. Damit hat er noch auch den deutschen Bauer gemeint. Es aber dem deutschen Bauer angesichts des gegenwärtigen agrarpolitischen Anlaufes in der Reichsregierung wirklich geholfen werden soll, ist uns unerschütterlich.

Belgarats als einer Vertretung der Länder vollständig verfahren wird.

Tatsache ist, daß in Preußen in der inneren Verwaltung ein Beamtenschub vorgenommen worden ist, über dessen Gründe kein Wort weiter zu verlieren ist; denn die Namen und noch mehr die Posten, an denen die gemäßigten Beamten gelanden haben, sprechen für sich selber.

Tatsache ist, daß die Intrige in Deutschland immer fürchter wird. Täglich fallen Todesopfer. Die Aufschub der G.M. schreit zum Himmel. Verfammlungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten werden immer wieder von bewaffneten nationalsozialistischen Banden überfallen und zu Sprengen versucht.

Tatsache ist, daß das neue System bereits schwere außenpolitische Betriebsunfälle zu verzeichnen hat, die in jeder Hinsicht an Vorgänge aus der Zeit Wilhelms II. erinnern. Ein Telegramm des Reichsministers Göring an eine Götzburger Zeitung hat in Schweden schwerste Verurteilung hervorgerufen, die angeführt von schwedischer Handelspolitikern

Verhältnisse zwischen Deutschland und Schweden den Interessen Deutschlands sehr abträglich ist. Der Reichszentralrat hat einem englischen Obersten ein Interview gegeben, dessen erste Fassung, wie sie im „Sunday Express“ erschien, sofort nach dem Erscheinen als nicht authentisch bezeichnet wurde. Trotzdem hat das Interview in Paris und Warschau schwere Verurteilungen, zum Teil geradezu wilde Angriffe gegen Deutschland hervorgerufen.

Tatsache ist, daß vom Inhalt des Bierjahresplans, der fernerhin angehängt worden ist, bisher noch nichts bekannt geworden ist und wahrscheinlich auch vor den Wahlen nichts mehr bekannt werden wird.

Tatsache vor allem aber ist, daß unter der Regierung Hitler-Hugenberg wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen worden sind, wie sie niemals zuvor ein Reichszentralrat in Deutschland getroffen hat, wenn er sich auch noch so stolz als agrarischer Reichszentralrat bezeichnet hat. Es ist eine Erhöhung der Schmalz- und Speckpreise vorgenommen worden, die jetzt schon eine gewaltige Verteuerung des für die Volksernährung überaus wichtigen Schmalzes herbeiführt hat. Die Beinträchtigung der Fortbewegung der notleidenden deutschen Bevölkerung durch diese Maßnahmen greift viel tiefer als es selbst die berühmte Margarine-Notverordnung mit dem Beirückungszwang bemerkt haben würde. Das ist die erste preußische Maßnahme des neuen Systems, die den Massen der deutschen Bevölkerung unmittelbar fühlbar wird.

Der handelspolitische Kurs, der damit eingeschlagen worden ist, wird weiter verfolgt. Ein völliges Verbot der Buttereinfuhr ist vorbereitet. Gegenüber Frankreich sind Zerstückelungen vorgenommen worden, die die handelspolitische Situation zwischen Deutschland und Frankreich sehr ernst gestalten müssen. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben sich in den letzten Tagen ohnehin außerordentlich verschlechtert.

Wenn das Volk zurückblickt auf die Aera Papen, wenn es die Bilanz der ersten 14 Tage Hitler sieht, so kommt es zum Schluß: Papen hat, vertreten: Papen das Sch. Hitler das Schmalz. Da geht ihr Schritt. Das Dritte Reich!

# Verbote ohne Ende

Eigener Bericht

Hannover, 18. Februar.

Der sozialdemokratische „Volkswille“ ist am Mittwoch dem nach Hitlerstreben Oberpräsidenten auf die Dauer von 8 Tagen verboten worden, weil er anfänglich den Unwillen von Kommunisten einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem es hieß, daß die dort Bemerkungen zum guten Teile Paraphrasen gewesen seien, zu deren Verurteilung der Reichszentralrat im Berliner Sportpalast den Segen des Hinmels herabgeschickt habe. Darin wird eine Diffamierung des Reichszentralrats erblickt.

München, 15. Februar.

Im Auftrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz hat der Polizeipräsident von Köln die „Rheinische Zeitung“ auf die Dauer von 6 Tagen wegen angeblicher böswilliger Verächtlichmachung des Reichszentralrats und des Reichstagsmischers für das preussische Ministerium des Innern verboten. Die Verächtlichmachung wird erblickt in Artikeln mit der Überschrift: „Hitlers Kragenball“ — Was verdient Minister Göring — Herr Reichszentralrat, wo bleibt der Bierjahresplan!

München, 15. Februar.

Die sozialdemokratische „Volkzeitung“ in Magdeburg ist am Mittwoch auf Grund des Reichsinnenministers auf 5 Tage verboten worden. Das Verbot wird mit einem Aufwurf der Magdeburger Kampfschiff der Eiferen Front begründet, in dem unter scharfer Kritik der Sportpalastrede des Reichszentralrats ein Aufmarsch der Eiferen Front angekündigt war.

Magdeburg, 15. Februar.

Die sozialdemokratische Magdeburger „Volkstimme“ ist auf 5 Tage verboten worden. Das Verbot soll den Magdeburger Polizeipräsidenten verächtlich gemacht haben.

Das Berliner „Nacht-11-Uhr-Abendblatt“ ist am Mittwoch auf acht Tage verboten worden. Als Ursache wird ein Artikel bezeichnet, der sich mit den blutigen Vorfällen in Eisenach beschäftigt.

Das von der Berliner Parteioorganisation herausgegebene Wahlplakat „Nach vier Jahre NSDAP“ ist vom Polizeipräsidenten beschlagnahmt worden.

# Feststellungen von Stämpfer

In dem neuen Verbot des „Vorwärts“ und seiner Begründung überlegt der Chefredakteur des „Vorwärts“, Hg. Stämpfer, der Feststellungen folgende Erklärung:

Die Behauptung, meine Darstellung der Eisenacher Ereignisse im Widerspruch zu amtlichen Berichten, würde an sich ein Zeitungsverbot noch nicht rechtfertigen. Sie ist aber auch irrig. Der amtliche Bericht vom 13. Februar aus Halle an der Saale behauptet keineswegs, daß die Schiffe, die von Kommunisten abgegeben wurden, dem Sturm auf das „Riffenampf“-Haus vorgezogen seien. Daß von Kommunisten gehalten wurde, habe ich nicht bestritten. Ich habe nur behauptet, daß diese Schiffe erst abgegeben wurden, nachdem der Sturm der Nationalsozialisten begonnen hatte. Der amtliche Bericht läßt diese Frage offen.

Ich bin auf Grund gewissermaßen Nachforschungen, die ich an Ort und Stelle vorgenommen habe, zu der Überzeugung gekommen, daß nicht die Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Mir ist auch bis heute nichts bekannt geworden, was geschehen wäre, diese Überzeugung zu erschüttern. Schon allein die feststehende Tatsache, daß die Kommunisten zu Stunde des Zusammenstoßes einen Abwehrkampf veranstalteten, spricht gegen ihre Angreifbarkeit. Denn die Behauptung, der nationalsozialistischen Presse, die Kommunisten hätten ihre Kinder eigens mitgebracht, um sie bei dem geplanten Feuergefecht als Trümpfe zu gebrauchen, hat noch keine innere Wahrscheinlichkeit!

Berlin, 15. Februar 1933.

Hg. Friedrich Stämpfer.

# Belgische Regierungstrife

de Broqueville zurückgetreten

Eigener Bericht

Brüssel, 15. Februar.

Die Regierung de Broqueville hat am Mittwochnachmittag bei der Abstimmung über eine sozialistische Interpellation mit 82 gegen 72 Stimmen bei 5 Enthaltungen in der Winderbeit. Sie ist sofort zurückgetreten.

Die angemessene Interpellation richtete sich gegen die Ungültigkeitserklärung der Gemeinderäten in einem kleinen Städtchen in der Provinz Namur, wo die Kommunisten mit einigen Stimmern Mehrheit die frühere sozialistisch-liberale Mehrheit aus dem Gaiel hoben. Die Provinzialverwaltung hatte die Ungültigkeit der Wahlen ausgedroht, worauf der sozialistische Gemeinderat die Ungültigkeitserklärung aufhob. Die eigentliche Ursache der Regierungstrife liegt freilich tiefer.

# Warnung von der Saar

Energischer Protest gegen die nationale Diffamierung

Herr von Papen ist in Saarbrücken von den Vertretern der Presse, die fünf Achtel der Bevölkerung vertritt, gemieden worden. Die Presse des Zentrums verweigert dazu eine Erklärung, in der es heißt:

„Nicht nur wir, sondern der weitaus überwiegende Teil der Saarbevölkerung hat mit tiefem Bedauern und Enttäuschung in der letzten Zeit von den zahlreichen Ministerreden des gegenwärtigen Reichs-Kabinetts in Parteierfammlungen Kenntnis genommen, in denen immer wieder

dem Teil der Bevölkerung, der ihre politische Heimat nicht im Papen-Hugenberg-Cyber haben, die nationale und vaterländische Gefinnung abgegriffen wird.

Diese dauernde Diffamierung weitaus der Volkskreise durch die gegenwärtige Reichsregierung, die sich als die „Regierung der nationalen Konzentration“ bezeichnet, hat begrifflicher Weise gerade die Saarbevölkerung laßt. Die Parteien, die hinter der gegenwärtigen Reichsregierung stehen, haben in den letzten Wahlen, die die Saarbevölkerung am 13. November 1932 tätigte, ganze 12,4 Proz. der saar-

ländischen Stimmen aufbringen können. Diesen 12,4 Proz. nationalsozialistischer und deutschnationaler Wähler steht die gesamte übrige Bevölkerung des Saargebietes gegenüber. Die ganze Politik der Saarbevölkerung während der Jahre der Fremdbesatzung war darauf angelegt, den Zusammenhalt der Saarbevölkerung und die Zusammenfassung aller Kräfte für die erwartende Volksabstimmung sicherzustellen, die uns wieder dem deutschen Volkstörper zurückgeben soll.

Nach den Äußerungen des Herrn von Papen und anderer Mitglieder der gegenwärtigen Reichsregierung ist nur derjenige Deutsche wahrhaft national, der zu den schwarz-weiß-rotten Parteien steht, insgesamt demnach nur 12,4 Prozent der Bevölkerung. Kann der weitaus überwiegende Teil der Saarroffer, der seine politische Vertretung in anderen Parteien hat, sich diese fortgesetzte, politische Diffamierung gefallen lassen?

Nein! Wir haben es nicht nötig, weil wir in der Vergangenheit unsere nationale Pflicht erfüllt haben und das auch heute und in aller Zukunft tun werden, ganz unabhängig davon, wer in Deutschland regiert. Die in dieser Weise von der

gegenwärtigen Reichsregierung als weniger national zuverlässig gekennzeichnete Mehrheit der Saarbevölkerung wird auch die erdrückende Mehrheit derjenigen stellen, die bei der Abstimmung im Jahre 1935 durch den Stimmzettel die Wiedererlangung in unser deutsches Vaterland fordern.

Weil dem so ist, kann diese Mehrheit der Saarbevölkerung aber auch nun endlich es sich verwilligen, von den zur Zeit herrschenden Mächten in Deutschland immer wieder in der gekennzeichneten Weise beleidigt zu werden.

Das ist der Grund, warum sämtliche Zentrumszeitungen des Saargebietes neben der sozialdemokratischen Presse dem heutigen Empfang beim Reichszentralrat von Papen ferngeblieben sind. Dieser Protest schien uns notwendig, damit man endlich einmal an der maßgebenden Stelle in Berlin einsehe, wohin es führen muß, wenn statt der von uns immer angebotenen Sammlung aller inneren Kräfte immer wieder die Parteien verachtet und geteilt werden, die in den schweren Jahren nach dem Zusammenbruch, den wir nicht verschuldet haben, die größte und unentbehrliche Wiederherstellungsarbeit geleistet haben.“

# Der Polizeikommissar im Westen

Was ein englisches Blatt sagt / Wilde Aufbauung? / „Besondere Verhältnisse“

Am Dienstag fand im preussischen Innenministerium unter dem Vorsitz des Herrn Göring eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten statt. Das große Konbener Plakat, die „Times“, hatte unter Bezugnahme auf die Konferenz u. a. behauptet, der kommissarische preussische Innenminister habe Anweisungen für die Bewaffnung der G.M. und der Stahlhelmer und für ihre Verwendung als Hilfspolizei gegeben, und das sei der erste Schritt zur Errichtung eines schicksaligen Regimes in Deutschland oder mindestens in Preußen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu dieser Feststellung des Berliner „Times“-Korrespondenten:

„Von den amtlichen Stellen wird zu diesen Behauptungen natürlich gar nicht Stellung genommen. Sie behaupten offensichtlich eine wilde Aufbauung der vom preussischen Innenminister vorgeschlagenen äußersten Abwehrmaßregeln. In den nächsten Tagen und Wochen wird man mit einer gefeierteren Abwehrbereitschaft der staatlichen Organe gegen etwaige Unruhpäne zu rechnen haben. Auch die nächste Polizeireaktion gegen den Reichstag bleibt ein Bild dieser Maßregeln.“

Diese „gesteigerte Abwehrbereitschaft“ wird nach der „D.Z.“ vor allem in gewissen „organisatorischen Maßregeln“ zum Ausdruck kommen. Dazu gehören auch die Er-

weiterung der Vollmachten für den Polizeiführer West, Kommandeur Steller u. Heibetamp. An sich ist der Polizeiführer West keine Einrichtung. Wenn seine Befugnisse jetzt erweitert werden, so handelt es sich im wesentlichen um einen Ausbau dieser Funktionen, die mit den besonderen Verhältnissen in der Westmark zusammenhängen. In Rheinland und in Westfalen ist wegen der Sonderbestimmungen des Versailler Diktats eine Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes nicht möglich. Sollen also dort eines Tages Unruhen ausbrechen, so müßte nach Ansicht der maßgebenden Stellen auch eine geeignete Zusammenfassung der staatlichen Machtmittel zu erzielen sein.

# Goebbels will Minister werden

„Propaganda-Kommissar“

Die NSDAP. sieht nun seit 14 Tagen in der Umlichkeit. Viele sind unwillig zu ihm und Würden gelangt. Nur Herr Dr. Goebbels muß immer noch warten. Aber auch für ihn soll gelogrt werden. Wie — das verrät die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“, die am Mittwochabend folgendes verlaublich läßt:

„Schon seit längerer Zeit hört man, daß der Rundfunk nicht mehr dem Volk- oder Innenministerium unterstellt werden soll, sondern unmittelbar dem Reichszentralrat Adolf Hitler. In diesem Zusammenhang wurde dann auch Dr. Goebbels als politischer Rundfunkkommissar genannt. Diese Eingliederung des Rundfunks in den Regierungsapparat hängt mit noch weiteren organisatorischen Veränderungen zusammen. Es heißt, daß das Reichsministerium des Innern die „Zentrale für Heimdienst“ auflösen will und dafür eine Reichspropagandazentrale einrichten will, die nicht dem Reichsinnenministerium, sondern dem Reichszentralrat unterstellt werden soll. Als Leiter dieser Reichspropagandazentrale ist der nationalsozialistische Abgeordnete und Propagandaleiter der NSDAP, Dr. Goebbels ausersehen. Diese Reichspropagandazentrale soll sich mit den Fragen des Rundfunks, der Presse, des Tonfilms usw. beschäftigen, und damit würde es gutreffen, daß

Dr. Goebbels in irgendeiner Form im Rundfunk führend tätig sein wird.“

Die Bestätigung im Rundfunk allein aber dürfte Herrn Goebbels kaum genügen, er will auch einen Titel, er will Minister werden. Ehe dieses Ziel nicht erreicht ist, dürfte er kaum ruhen...“

# Terror gegen Zeitungen

Eigener Bericht

Breslau, 15. Februar.

Die Nationalsozialisten organisieren in Oberschlesien seit längerer Zeit Verhaftungsakte gegen andersgerichtete Zeitungen. Am Abend nach Mittwoch vernichteten NS-Leute in Hindenburg die Zeitungstafel der kommunistischen „Oberschlesischen Volkstimme“, eine Tafel des sozialdemokratischen „Hindenburgers Volksblattes“ sowie eine Tafel des politisch neutralen „Oberschlesischen Anzeigers“. Drei Tafe wurden von der Polizei festgenommen. Sie hatten Mitgliedsausweise der NSDAP in der Tasche.

# Schwarzweißrote Kultur

Am preussischen Kultusministerium soll jetzt auch Staatssekretär Sammers von seinem Posten befristet werden. Als Ersatz für Sammers, der

Mitglied der Zentrumspartei ist, sind die deutschnationalen Abgeordneten Martin Spahn und Stadler in Aussicht genommen. Beide gehörten früher dem Zentrum an. Sie sind aber bereits seit Jahren treue Gefolgsworte ihres Ministers Hugenberg.

# Razischießen vor Volkshaus

Eigener Bericht

Mün, 15. Februar.

In der Nacht zum Mittwoch gegen 3 Uhr erschossen vor dem Volkshaus in Siegburg ein Trupp uniformierter Nazis, die gegen das Arbeiterrotaschiffe abgaben. Der berüchtigte Nazischiff Franz Müller wurde durch einen Raschschuß getötet. Die im Volkshaus liegende 16 Mann starke Wache der Eisernen Front wurde in Haft genommen.

# Vorkaufstörbeeren

Der Schulortstand von Großbirkbach hat beschlossen, der neubauten Gemeinderatschule den Namen „Hitler-Hilfsschule“ zu geben. Wilhelm II. wird vor Reich erlassen, und Pestalozzi, Fichte, Humboldt, Goethe, Schiller oder Lessing sind tot!



### Löbe kommt doch

**Trotz Drohung der Möchtegern-Nachhelden**  
Die von der Eisernen Front für kommenden Sonntag angeordnete Wahlversammlung im „Volkspark“ in Halle, in der unser Genosse Paul Löbe sprechen wird, liegt den Nazis schwer im Magen. Bereits seit Bekanntwerden dieser Veranstaltung bemühen sie sich, die Parteimitglieder zu veranlassen, die Ausübung zu verbieten. Auch gestern forderte das halle'sche Parteiorgan im Anschluß an einen ganz lächerlichen Artikel „Die Nordkommission droht weiter“ die Mitglieder an, diese Löbe-Versammlung am Sonntag, dem 19. Februar, mit allen Mitteln zu unterbinden.

Da bisher noch kein Inhaber des bekannten Parteibüchchens an der Spitze der halle'schen Polizei steht, werden die Nazis wohl kein Glück mit ihrer Forderung haben, um so weniger, als alle Forderungen getroffen sind, daß die Versammlung in größter Ruhe verläuft. So wird u. a. von vornehmsten allen Nationalsozialisten der Zutritt zu dieser Versammlung verweigert.

Dadurch wird verhindert, daß der Befehl des Reichsausschusses Jordan, gegen die Nazis mit Gewalt vorzugehen, zur Tat wird. Auch der Polizei wird dann ihre Aufgabe leichter gemacht, die sich nicht, wie in Weimar, erst mit der SA-Garde herumzuzocken braucht.  
Alle Anhänger der Eisernen Front aber erscheinen am Sonntag ruhig in der Löbe-Rundgebung und zeigen den feindseligen Parteimitgliedern, daß Deutschland nicht Italien ist. Jeder einzelne werde sich rechtzeitig mit den bei den Funktionären der Eisernen Front erhältlichen Eintrittskarten, ohne die kein Zutritt gewährt wird.

### Wintergemitter über Halle

Drittes Reich ist Trumpf — auch das Wetter stellt sich schon darauf ein. Wund offensichtlich wird doch Deutschland aufgenobelt! Den lauen Winden, die noch vor zwei Wochen bliesen, sind jetzt Schneefälle gefolgt, die auf Ostwind-Strömungen hindeuten. Auch letzte Nacht und heute vormittag kamen große Schneemengen herab, so daß die vielen Wege heute noch härter war als gestern. Als besonderer Effekt wurde heute früh sogar ein Wintergemitter eingelöst. Es schneite und schneulte — aber da war es auch schon vorbei.

In Halle sind heute wieder 530 Mann unterwegs, um die Pflasterstraßen vom Schnee freizuhalten. Wenn hier's gefächelt haben, werden sie wahrscheinlich wieder von vorn anfangen können.

### Eiserne Front Halle

Sonntag, den 19. vormittags 10 Uhr, Rundgebung der Eisernen Front.

**Redner: Genosse Paul Löbe und Landtagsabg. Alex Möller**  
Die Kampfesleitung.

1. Ortsbezirk. Heute Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Reichsadler“ unsere Mitglieder-Versammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

## Neuer Polizeipräsident von Halle

**Im Rahmen des großen „Ausräumens“ in Preußen  
Delegat pensioniert; sein Nachfolger Polizeioberst a. D. Roosen**

Die in diesen Tagen im preussischen Reichstag beschlossene Neuorganisation der preussischen Polizei ist durch Beschluß der Preußen-Kommission ohne Ausnahme in den einstweiligen Ruhestand versetzt und zum größten Teile durch pensionierte Offiziere ersetzt worden. Auch der kommissarische Polizeipräsident in Halle, Herr von Stodmar, verabschiedet, wie angeordnet, wieder. Zum endgültigen Polizeipräsidenten in Halle ist jetzt Polizeioberst a. D. Roosen aus Altenhof (Schorfheide) ernannt worden.

Die neuernannten Polizeipräsidenten sind zum großen Teil Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, die bisher Adressen, Adressen und pensionierte Offiziere in Amt

und Würden gebracht hat. Wie aber hat man früher über „Parteidurchbeamte“ geschimpft! Und wie handelt man jetzt?  
Diese Art der Amtsenthebung verdienter Beamter und ihre Ersetzung durch Angehörige der Herzogener-Front-Parteien geht selbst dem Reichsminister Duesterberg wider den Strich, der sich kürzlich in einer in Debitafelde veranstalteten Kundgebung des Stahlhelm wie folgt äußerte:  
„Nichts Würdevolleres gibt es als die unsachliche Kempterjagd. Nur noch Eignung und Verdienst werden im neuen Deutschland Stellen vergeben werden können.“  
Über besondere Verdienste der neuernannten Personen ist der Debitafelde bisher noch nichts bekannt geworden, ihre Eignung aber sollen sie erst noch nachweisen. Die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ jubelte zwar am Tage nach dem neuesten Beamtenabschub: „Novembereigenen werden durch Fachbeamte ersetzt“. Aber das ist eine große Ironie, denn die meisten jetzt in der Ruhestand versetzten Beamten sind Fachbeamte, aber sie hatten den Feind, die Republik, zu sein.  
Es bleibt nun noch abzuwarten, ob die neuen Männer es ebenso wie ihre republikanischen Vorgänger fertig bekommen, die für ihr Amt erforderliche Sachkenntnis und Objektivität aufzubringen. Ansonsten hat der Beamtenabschub aber noch eine andere Seite, und zwar eine pessimistische, worauf das „Berliner Tageblatt“ mit folgenden Sätzen hinweist:  
„Niemand fragt danach, welche Kosten durch diese opulente Personalpolitik entstehen, niemand fragt, warum der Steuerzahler einige hunderttausend Mark aufbringen muß für qualifizierte Männer, die gerne arbeiten möchten, aber nicht arbeiten dürfen, weil es der obersten Stelle nicht genügt ist, niemand fragt, wie dieses ganze tolle Verfahren mit der angeforderten „Sparhaftigkeit“ der Verwaltung zu vereinbaren ist, die sich das neue Regime vorgenommen haben will, niemand fragt, wie es mit dem Grundgesetz des Berufsamtentums zusammenhängt, wenn Polizeioffiziere, die bisher nur technischen Dienst leisten, plötzlich auf eine Verwaltungsstelle gesetzt werden, nur weil der bisherige Inhaber dem höheren Willen weichen mußte und weil

## Professor Dr. Erik Nölting spricht am Freitag 20 Uhr im großen Saale des „Volkspark“ in einer vom ADGB, dem Ala-Bund und dem ADB. einberufenen Kundgebung

vieleicht der neue Mann — ganz zufällig natürlich — ein nationalsozialistisches Mitgliedbuch besitzt.“

Darüber können sich die Steuerzahler nur ihre eigenen Gedanken machen, wobei sie an die besonders von den Nazis in der Wohlfühl- und Agitation geschwungenen Reden über „Sparhaftigkeit“ erinnern mögen.

### „Klassenkampf“, Verbot

Auf vier Wochen

Kritik wird mitgeteilt: „Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Halle erscheinende Zeitung „Klassenkampf“, kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Regensburg auf 4 Wochen verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil durch offensichtlich unrichtige Nachrichten in zwei Nummern dieser Zeitung lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet wurden.“

An anderer Stelle der heutigen Ausgabe wird bekanntgegeben, daß der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, sowie das im Reichsbezirk erscheinende „8-Uhr-Novembblatt“ bis zum 22. Februar verboten worden sind wegen Verfassungsverstößen über die Reichsstatuten in Eisenbahn. Auch das „Klassenkampf“-Verbot ist wegen der Berichterstattung über die Eisenbahn-Strafverurteilung erfolgt. Eine Kritik dieser Maßnahmen müssen wir uns aus Rücksicht auf die Rotenordnung leider verlagen.

### Kommunales Interregnum

Die Deputationen bleiben im Amt  
Durch die Verordnung über die Auflösung der Vertretungsorgane der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 4. Februar 1933 sind die kommunalen Vertretungsorgane mit Wirkung vom 8. Februar aufgelöst worden. Ein Rundschreiben des Kommissars für das preussische Ministerium des Innern vom 8. Februar regelt nun die Frage der Deputationen und ihre Befugnisse.

Nach diesem Rundschreiben bleiben die aus den Gemeinderäten und den hinfälligen Bürgergewählten Deputationsmitglieder bis zur Neuwahl im Amt.

Bezüglich der Weiterführung der Geschäfte durch sondergesetzlich geregelte Kommissionen gilt folgendes: Die Mitglieder der Deputationen der Jugendämter üben bis zur Neueinstellung nach den Neuordnungen der Vertretungsorgane ihre Tätigkeit gleichfalls weiter aus. Gemäß der einschlägigen Vorschriften des Volkshilfsunterstützungsgesetzes bleiben die gewählten Mitglieder der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen aus diesen Behörden mit der Aufgabe aus, daß sie die Dienste bis zum Amtsantritt der Nachfolger weiterzuführen können. Die Mitglieder der Sparkassen und Postämter sind nach Ablauf der Zeit, für deren Dauer sie gewählt oder bestellt sind, bis zum Eintritt der neuen Mitglieder in Tätigkeit.

### Sammlung der republikanischen Kräfte

Vortrag des Staatssekretärs Wegg

Im Republikanischen Aufbruch hielt gestern abend der Staatssekretär der Braun-Schwerter-Regierung in Preußen, Dr. Wegg, einen Vortrag über die politische Lage. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung des Zusammenchlusses aller republikanischen Kräfte. Wegg erklärte das allmähliche Anwachsen der Reaktion, die ihren Ursprung schon in den Tagen der Verfassungskämpfe 1919 hat, und ging dann auf die Naturgeschichte der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ein. Durch manche interessante Einzelheiten wurde er das uns schon oft gesandene Bild besonders lebendig zu machen. Er wies vor allem die Ähnlichkeiten der Reaktion zurück, die „Marxisten“ und die „Novemberpartei“ hätten Deutschland an der Abgrund gebracht. Viel größere Gefahren beständen gerade seit dem Systemwechsel. Die republikanischen Kräfte wurden dadurch in ernstlicheren Maße in Deutschland geweckt. Die neuesten Ereignisse bestätigten das. Die liberalen und westdeutschen Länder wollen sich nicht majorisieren lassen, und so haben sie eine Kompensation in föderalistischen Bestrebungen. Die Einheit des Reiches sei gerade heute bedroht. Die republikanischen Kräfte hätten alles zu tun, um ein Auseinanderfallen des Reiches, an dem die Entente nur eine Freude hätte, zu verhindern. Wenn dieser heute meine, keine Regierung vor ihm habe (höherer Aufgaben zu lösen gehabt, so irre er sich. Das deutsche Volk habe leider ein lächerliches Gedächtnis, sonst würde es sich an den Zusammenbruch und an die Inflation erinnern, die von den „Novemberpartei“ gemeyert wurden.  
Wegg milderlegte dann die realistischen Bemerkungen von der „Vaterlandspartei“ der SPD: Gerade die Arbeiterklasse habe in



# Juno geht den Weg der Qualität,

weil ihr die volle Zufriedenstellung ihrer Freunde durch beste Tabake in köstlicher Frische vornehmste Pflicht bedeutet.

Darin liegt das Geheimnis des großen

## Juno-Erfolges

und der Grund, warum Zugaben in Form von Wertmarken, Gutschein und der Scheckereien ausgeschlossen bleiben müssen.

Wer Qualität sucht, entscheide sich für Juno!



6 STÜCK 203

den Willmungsbezügen Blut und Leben für Deutschland einsetzt.

Der Redner ging zum Schluß auf die Interesselage der Partei ein. Er erklärte, daß es unmittelbar nach den Wahlen bereits zu Spannungen innerhalb des Kabinetts und zu wichtigen Entscheidungen für das ganze deutsche Volk kommen würde. Die Forderung daraus sei die Notwendigkeit des Zusammenflusses aller republikanischen Kräfte.

Das Fundament der Arbeit wird in jedem Fall vor allem eine einheitliche Arbeitsteilung sein müssen. Das ist unsere Meinung!

### „Leuchttugeln“

Auf der Suche nach Vorbildern gegen die SPD ist der in dieser Hinsicht sehr produktive Nazi-Gauleiter Jordan auf ein neues Schwärmermäxchen verfallen, das er am Dienstabend in einer Versammlung vortrug. Die Kommunisten hätten einen mittelalterlichen Botschafter beauftragt und beauftragt, die Wahlen zu gewinnen. Der Botschafter sollte mit Dornsignalen und Leuchttugeln erlöset sein.

Mit betriebligen Gesichtern hat sich Jordan schon zu wiederholten Malen versucht, nur nahm man ihn bisher niemals ernst. In der Nacht zum Mittwoch führte die Polizei eine Razzia gegen Kommunisten durch. Der Botschafter sollte mit 50 Mann vor. Wie wenig aber Jordans Erzählungen mit der Wahrheit zu tun hatten, zeigt sich darin, daß bis auf drei alle wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Von den drei anderen verurteilt, daß gegen sie „belastendes Material“ vorliegt.

### Generation soll helfen

Die Nazis in Halle versuchen sich bei Versammlungen dadurch interessant zu machen, indem sie bekannte Sozialdemokraten öffentlich zum Besuch dieser Versammlungen einladen und ihnen eine längere Redezeit zubilligen. Jetzt hat die Parteiführung in Halle wieder eine für den 17. Februar anordnete Versammlung anberaumt. Lassen wir dem Einverständnis, daß unter den Gemeindeführern (Kendrich und Reddigan vom Reichsbannerverband) eine dreierköpfige Redezeit anberaumt wird. Diese Redezeit ist eine gute Sache, denn die beiden genannten Herren im Sinne der Einladung waren ein „Botschafter“, wie es sich nur um eine der üblichen Reden der NSDAP handelt.

Die beiden Herren denken natürlich nicht daran, die Rolle zu übernehmen, die ihnen von dieser Seite angedreht wird. Es wird den Nazis dadurch auch die Zeit verfließen, sich ausführlicher mit Fragen der großen Politik, wie z. B. der Reichs- und Sozialversicherungsfragen und mit dem Döhl-Verfahren zu beschäftigen. Der „Herr der Trid“ mit der Einführung von Sozialdemokraten etwa nur dazu dienen, den die Erklärung sich unangenehmer Dinge abzuentsetzen?

Bitte gehen! Im heutigen Anhangsteil befindet sich eine öffentliche Mitteilung der Gewerkschaften, Hauswirtschaftlichen und sonstigen Hausarbeiten, Gewerbe- und Lohnsummenheften, Schulbücher, Beiträge zur Industrie- und Handelsmannschaft sowie Büchereien.

## Kleiner Mann

Roman von Hans Fallada

Copyright 1932 by Rowohlt Verlag GmbH Berlin

22) (Manuskript verboten.)

„Herr Bergmann!“

„Hören Sie nicht! Betreten Sie nicht! Ruckeln können Sie nicht, das Sie gebietet haben und es ist unangenehm gewesen. Ich will Sie nicht wieder ein.“

„Herr Bergmann, Sie haben damals geloggt, Sie wollten mich einen Monat jammeln lassen, bis Sie mich wieder einstellten.“

„Das hab ich geloggt, Herr Binneberg, recht haben Sie, und leid tut mir das, daß ich Ihnen so was geloggt habe. Ich hab's im Jörn gesagt, weil Sie so ein adentlicher Mensch sind, ein gefälliger Mensch — bis auf die Post — und geben zu solchen Zerknirschungen und Schürzenjägen. Aus Jörn hab ich's geloggt.“

„Herr Bergmann“, sagt Binneberg wieder an. „Ich bin jetzt verheiratet, wir kriegen ein Kind. Kleinholt hat mir geflüstert. Was soll ich machen? Sie wissen, wie es hier ist in Duderom. Arbeit gibt's nicht. Stellen Sie mich wieder ein. Sie wissen, ich verdiene mein Geld.“

„Ich weiß, ich weiß.“ Er wagt den Kopf.

„Stellen Sie mich wieder ein, Herr Bergmann. Bitte!“

Der kleine häßliche Jude, mit dem der Herrgott bei seiner Erschaffung nicht sehr gnädig verfahren ist, misst dem Kopf. „Ich will Sie nicht ein.“ Herr Binneberg. Und warum? Weil ich Sie nicht einstellen kann!“

„Oh, Herr Bergmann!“

„Ehe ich keine leichte Sache, Herr Binneberg, Sie haben früh angefangen damit. Haben Sie 'ne gute Frau?“

„Herr Bergmann!“

„Ich leh's. Ich hab's. Wäre sie auch gut sein auf die Dauer. Hören Sie, Binneberg, was ich Ihnen sage, ich bin keine Arbeit. Ich möchte Sie einstellen, aber ich kann nicht, die Frau will nicht. Sie hat sich empört über Sie, weil Sie ihr gefügt haben. Sie haben mir nichts zu sagen, sie verlangt es Ihnen nicht. Ich darf Sie nicht wieder einstellen, es tut mir leid, Herr Binneberg, es geht nicht.“

„Danke, danke. Der kleine Bergmann dreht an der Kopierpresse, holt seinen Brief heraus und liest ihn an.“

„Ja, Herr Binneberg“, sagt er langsam

# Parteilichkeit und Schule

## Lehrerprotest gegen das Hineintragen der Politik in die Schule

Aus Schreierkreisen schreibt man uns: Die Zeitungen berichten, daß die Reichsregierung die Lehrer ermahnt hat, anzuordnen, daß der Unterricht der Schulpflichtigen in der Schule vorgetragen wird. Wir behalten uns vor, auf die Sache zurückzukommen, sobald die entsprechende Ministerialverordnung vorliegt. Wir sind überzeugt, daß die Lehrerschaft gegen diesen Vorschlag protestieren wird. Wir erleben schon heute dazwischen, und zwar aus folgenden Gründen. Die Maßnahme der Regierung trägt die Parteilichkeit in die Schule, und zwar die Parteilichkeit.

Die Schule soll ein Instrument der Volkserziehung sein.

Der Unterricht wird nicht volkserziehend, sondern vorkamerierend. Nach der Reichsverfassung sollen im Unterricht die Empfindungen der Kinder nicht durch den Unterricht geformt werden. Der Unterricht muß sich gegen die Eltern der Volksschüler, die in der großen Mehrzahl „Marxisten“ sind.

Der Unterricht ist zwar vorkamerierend, aber ohne politischen Inhalt. Die Schullehrer werden an gedankeloses Handeln gezwungen. Der Unterricht wird nicht mehr einmündig, er ist auch unfair. Er richtet die Lehrer, die ihn ablesen, zur Scham. So muß aus pädagogischen Gründen gegen das Vordringen des Auftrages in der Schule Einpruch erhoben werden.

Die Sache geht vom Reichsministerium des

Inneren aus. Dort sitzt Minister Fried, der schon in Thüringen Gegenstand angedeutet hatte. Die Ministerialverordnung für den Unterricht wird nicht Recht bekommen. Denn die Schule ist nicht dazu da, die Klassenangelegenheiten zu verwalten.

### Die Volksschulen der „Schulstadt“

Mit Bezugnahme auf unsere die holländischen Volksschulen betreffende Beschlüsse vom Sonnabend jedoch sind der Wagnistat:

Die Unterrichtsverwaltung ein angesehener Abwehr der Volksschule durch insbesondere durch Abweisung in Vertikalen, in Gymnasialunterricht, in Musik und Gartenbauverlei und daß alle nicht ständig beschäftigten Junglehrer und Junglehrerinnen an die Pflicht hängen sollen, entspricht nicht den Zuständen. Beschläge über das gesamte Material der im nächsten Schuljahr benötigten Unterrichtsstunden sind überhaupt noch nicht gefaßt. Noch viel weniger kann heute schon gefaßt werden, welche von den nicht ständig beschäftigten Junglehrern und Junglehrerinnen zur Weiterbeschäftigung in Halle bleiben oder aus dem Dienst ausscheiden werden. Der Unterricht wird geringer werden als Maß der Beschäftigung, da an den Volksschulen in Halle 1933 mehr Klassen vorhanden sein werden, nicht sein, im Gegenteil, es wird größer werden!

Wir fragen: Warten!

## „Auf Veranlassung der Reichsregierung“

### Beschwerden über die Parteilichkeit des Rundfunks

Die täglich sich steigende Unzufriedenheit mit dem deutschen Rundfunk kommt in zahlreichen Aufsätzen unserer Leser zum Ausdruck. Sie alle sind einmütig der Auffassung, dass es Zeit ist, dass die Reichsregierung die Rundfunkfrage in der Hand hat. Der Rundfunk ist auf dem Wege dazu, den letzten Kredit, den er bei der Arbeiterschaft noch besitzen haben sollte, sich zu verhergen. Was war das für ein geradezu widerlicher Stimmungsmachman, den uns am letzten Freitag ein Dr. Goebbels vorsetzte, um die Sportplatzversammlung der NSDAP, interessant zu machen. Das war „impant, hinter den, noch niemals dagewesen, erst-denn begeistert amoralig ganz gewaltig, noch gewaltiger“. Wenn schließlich dieser Wortvortrag aussteht, dann war es „Mit Worten nicht mehr zu beschreiben“. Und so fort. Die Arbeiter und auch andere Schichten dürften von der Uebertragung jedoch einen ganz anderen Eindruck bekommen haben, als Herr Goebbels und seine Begleiter wünschen.

### Ein bisheriger Rundfunkanstalt

Die Kritik, die der Leiter an Hillers Rede übte, haben wir nicht in den Druck gegeben. Grund: Rundfunkanstalt. „Man verleihe mir die Weisungsgewalt der Reichsregierung.“

Denkmal der Trauerfeier übertragen, der Rundfunk aber vertrieben, die Reportage, wie es sonst kein in der Tagesordnung ist, auf die gleiche Trauerfeier übertragen. Gatte er getötet worden, er werden müssen, die die jetzt so gehalten. Kameraderverlei, und Marxisten der Trauerfeier das Gepränge geben, daß das Reichsbanner und Formationen der Eisenfront an der Spitze des Zuges marschierten, wurde dokumentiert wurde, daß die Bevölkerung nicht zufrieden, republikanisch und sozialistisch denkt und fühlt, wie es auch bei den Spielern der Fall war. Die Veranstaltung wurde übertragen, auf Veranlassung der Reichsregierung. Wäre früher derartiges passiert, dann hätte man den Rundfunk mit Beschwerden bombardiert, daraus aber sollten wir lernen.“

Schließlich entnehmen wir einer dritten Aufsatz: Um die Opfer von Reunirten zu ehren, sollte der Rundfunk am Sonnabend den Dienstag seine letzte Unterhaltung vom Programm absetzen. Damit kann man einverstanden sein. Nicht aber damit, daß am Sonnabend das Reunirerfest abgesetzt wurde, damit die deutsche nationale Veranstaltung im Berliner Sportplatz übertragen werden konnte. Daß die Veranstaltung am Sonntag, den 17. Februar, im Berliner Sportplatz, die ersten nämlich der Preis und die Preisliste Ostler von Preußen hat wird kaum noch jemand übersehen!

haben. Aber immer nach wenigen Sätzen wurden die Redner von einem grollenden, minutenlangen Bruno- und Zeigler aus dem Publikum unterbrochen. Man sollte das Gefühl, daß dieser Ausdruck einstudiert sei.

Eine würdige Ehreung der Reunirer Opfer war das nicht. . . . P. Hg.

## Neue Filme in Halle

### Congorilla (Ri. 1.)

Congorilla das ist die Symphonie des faszinanten Erziehls. Wunderbare Aufnahmen der afrikanischen Steppe und des afrikanischen Urwaldes, verblüffende Aufnahmen der afrikanischen Tierwelt, aufgenommen durch einen Beobachter, der die Tiere in ihrem natürlichen Leben beobachtet und im Film festhält. Die afrikanische Welt ist in der nächsten Zeit in der Welt der Welt. Hier aber ist ein Meister am Werk gewesen, ein Kenner der Tiere. Er ist tief eingedrungen in das afrikanische Leben, mit einem unbewussten Aufbruch von Geld und von Zeit. Die schönsten Aufnahmen sind ihm gelungen. Die großen Herden von Büffeln und von Zebras haben wir vielleicht schon des öfteren gesehen, nicht aber solche Aufnahmen vom Leben der Rhinoceros, Kängurus und Krotkollen. Auch die Aufnahmen vom Leben der Pyramidenwölfe. Man muß wissen, wie teuer diese Pyramidenwölfe sind, um den großen wissenschaftlichen Wert dieser Aufnahmen zu erkennen. Der sieben Teile vor der Kamera des weißen Mannes sind in ihren Zügen, bei ihren dochzeitlichen Feinheiten, das Geheimnis ihrer Sippe enthüllt. So steht „Congorilla“ weit über allen Afrika-Filmen hinaus und wird wohl auch eine geraume Zeit die Weltöffentlichung von Afrika-Filmen sein. Die Weltöffentlichung hat sich bereits für den Afrika-Film interessiert. Derzeitum mit zwei ausgezeichneten Kulturfilmen und zwei weiteren Wochen, die die ersten Bilder von dem furchtbaren Unglück in Reunirten bringt. W. K.

### Der amnimmern im „Garten“

Unterhalten unter der Aufsicht der Halle und müssen bei der Aufnahme werden. Die Halle unter der Aufsicht der Halle und müssen bei der Aufnahme werden. Die Halle unter der Aufsicht der Halle und müssen bei der Aufnahme werden.

Der Kreis, der die Halle unter der Aufsicht der Halle und müssen bei der Aufnahme werden. Die Halle unter der Aufsicht der Halle und müssen bei der Aufnahme werden.

Wochenlicher Verein, Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr, findet im Reunirer durch Herrn Riger statt. Über: „Das sind seine Entwürfe, Pläne und Zeichnungen in gefunden und trafen Taten.“

### Und plötzlich schickst diese gefasste junge Frau

auf und bittet: „Jungden, Jungden, komm gang schnell.“

„Die Mutter vom Jungen, Mia, nicht Marie“, denkt Lämmchen. „Sehr beliebt hat sie sich eigentlich nicht.“

Der Brief aber steht sie nicht auf. Sie legt ihn auf den Tisch und während sie den Brief liest, geht sie manchmal zu ihm hin. Sie bleibt liegen, bis der Junge kommt. Mit dem Brief in der Hand, bis sie das Brief liest.

Aber plötzlich tut Lämmchen das Staubbrot fort. Sie hat eine Verzweiflung, es ist eine große Stunde, sie ist tief gefasst. Sie läuft ganz schnell in die Küche, um den Brief zu lesen. Sie liest den Brief und während sie den Brief liest, geht sie manchmal zu ihm hin. Sie bleibt liegen, bis der Junge kommt. Mit dem Brief in der Hand, bis sie das Brief liest.

„Gut wie Wochen.“

„Gut wie Wochen. Rechnet noch nach Wochen. Mia, Sie werden ein guter Mann, man sagt das. Sie brauchen sich darum nicht zu kümmern, wenn man einen anderen um was bittet, das ist nicht. Wenn man nur freundlich ist, wenn man Sie ein immer freundlich zu Ihrer Frau. Denken Sie immer, es ist nur ne Frau, sie hat den Bestand nicht so. Tut mir leid, Herr Binneberg.“

Binneberg geht langsam fort.

Ein Brief kommt und Lämmchen läuft in der Schürze durch die Stadt, um bei Kleinholt zu hängen.

Es ist der sechshundachtzigste September geworden, ein Freitag, und dieser Freitag ist Binneberg die sehr noch übrig auf dem Büro. Lämmchen aber macht laut. Und als sie da nun so rumbestehet, klopft es an die Tür und sie sagt „Bereit“ und der Schotte kommt und sagt „Wohnt hier Frau Binneberg?“

„Das bin ich.“

„Hier ist ein Brief für Sie. Wüßte ein Schild brauchen an der Tür sein. Ich kann das nicht riechen.“

Und damit entschwindet dieser Jünger Stephans. Lämmchen aber steht da mit ihrem Brief in der Hand, einem großen Briefstücken, staubfarben, mit einem großen Briefstücken. Es ist der erste Brief, den Lämmchen in ihrer Ehe bekommt, mit den Wörtern schreibt sie sich nicht.

Dieser Brief kommt auch nicht aus Mia, dieser Brief kommt aus Berlin und als Lämmchen ihn

Kreis Hersberg

Verwaltung: Lützenau Nr. 2028.

„Alle Wege führen zur Liebe“

Geschichte des Stadttheaters Halle im Theaterverein Hersberg.

Es handelt sich um ein Lustspiel, und ein Lustspiel braucht man ja nicht ernst zu nehmen. Dennoch möchte man sich gern einmal ein anderes Thema anschauen...

Demonstration in Schwanditz

Zum nächsten Sonntag ruft das Gewerkschaftsamt wiederum die Massen auf, zu marschieren gegen Diktatur und Terror...

Aus dem Bürgerblut wird Nazibrei

Schaffstädt. Schnell waren die Nazis dabei, eine reine Naziführer für die Stadtverordneten auszuwählen. Ihre langweiligen Reden hatten sie an die Wand gedrückt...

Gesperrte Straßen

Der Polizeipräsident in Weiskensfeld teilt mit: Die Gemeinde Weiskensfeld beschließt vom 16. Februar ab etwa 300 Meter Straßenverlauf zu sperren...

Schaff Wahlpulver!

Der Faschismus schießt mit den goldenen Kugeln der Großindustrie!

Ämliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 7 Donnerstag, den 16. Februar 1933 1933

Aufforderung zur Einreichung von Wahlprüfungen für die Stadtverordnetenwahlen

Nach dem Aufruf des Ministers des Innern (M 391) vom 7. Februar 1933 - IV a 1 862 - sind die Wahlprüfungen für die Stadtverordnetenwahlen...

Spätestens am 25. Februar 1933

bei dem Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses einzureichen.

Die Bekanntmachung des Magistrats vom 16. Februar 1933, IX 197/337, betreffend die Wahlprüfung für die Stadt Merseburg vom Donnerstag, den 9. Februar 1933 wird hiermit entsprechend abgeändert.

Merseburg, den 14. Februar 1933.

IX 197/337. Der Magistrat.

Definitive Steuer- und Schuldenfestsetzung. Die bis zum 15. Februar 1933 fällig gewordenen Grund-, Gewerbe- und Hundesteuern, Schulden und Berufsbeiträge sind spätestens am 15. Februar 1933 an die Stadtkassapost zu zahlen.

Vom 17. Februar 1933 an werden die geänderten Vermögens- und Vermögensaufschläge erhoben.

Vom 19. Februar 1933 an werden die Abgabenverhältnisse ohne besondere Warnung sofortig eingezogen.

Merseburg, den 15. Februar 1933.

Der Magistrat. Vollstreckungsdienst.

Sol. A. 1/32.

Wirklichster Naziterror in Weiskensfeld

Die pflichtgetreuen Polizeibeamten werden von der NSDAP denunziert und ihre Entlassung verlangt - Daraus spricht die Mut der Nazis, daß sie ihren Terror nicht ausüben können

Wie wir gestern schon kurz berichteten, kam es am Montag in Weiskensfeld in einer von der Eisenfront einberufenen öffentlicher Versammlung zu einem großen Tumult. Einige hundert aus der oasen Umgebung zusammengetriebene SA-Mitglieder hatten sich zu Beginn der Versammlung und gingen gleich zu Beginn der Versammlung an, durch Eingehen eines auf den Referenten...

Wie nicht anders zu erwarten, erschien in der „Mitteldeutschen National-Zeitung“ ein Bericht, der die Uebergriffe der „Krieger-Polizei“ in Weiskensfeld gegen die Nationalsozialisten...

In ähnlicher Weise geht man ja schon seit langer Zeit überall, auch in Halle, gegen solche pflichtgetreue Polizeibeamte.

Um aber nun unseren Lesern und auch den Lesern der „M. N. Z.“ den wahren Vorgang in der Weiskensfelder Versammlung zu schildern, veröffentlicht wir nachstehend den offiziellen Polizeibericht, der wie folgt lautet:

Am Montagabend hielt die Eisenfront in Weiskensfeld ihre erste Wahlversammlung im Stadtheater ab. Es hatten sich 800 Versammlungsbesucher, darunter etwa 250 Nationalsozialisten in Uniform, eingefunden. Begleiter hatten im Parkett des Saales Platz genommen. Schon bei Beginn der Versammlung zeigte sich die offensichtliche Abneigung der Nationalsozialisten, unter denen sich eine Anzahl anwesender Reichswehrangehöriger befand, die Bestimmung des Tagesordnuns zu lassen...

Kreis Querfurt

SPD-Districtversammlungen

District Feurburg

Donnerstag, den 16. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal „Schützenhaus“ in Feurburg.

Wichtige District-Mitgliederversammlung.

Zugelordnung: Aufstellung der Kandidaten zum Kreisstag, Parteianliegenheiten.

Welcher Oberpräsident für die Provinz Sachsen

Die Kommissare des Reiches in Preußen haben, wie aus Berlin gemeldet wird, dem Polizeipräsidenten Melzer in Berlin vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt und mit der kommissarischen Verwaltung dieser Stelle beauftragt.

Sollte Herr Melzer Oberpräsident unserer Provinz werden, dann erwarten wir von ihm, daß sein dem Provinzialrat auf dem Berliner Wilhelmplatz aufgestellter Grundriss: Erlaubtes ist zu tun, hier bei uns Geltung erlangt. Dann erwarten wir, daß Preussische und Verammlungsrecht geschützt werden. Nach dem zweimaligen Verbot des „Bismarck“ in Berlin und dem Verbot eines Flugblattes der Berliner Sozialdemokratie haben wir aber das Recht, stetig zu sein.

Heißt (Kathaus) bei Herrn Gärtnermeister Max Pfeiffer oder bei Herrn Kaufmann Richard Temme bis zum 1. März d. J. zu stellen. Die Abbringungen stellen sich je nach Größe des Baumes auf 8 bis 25 Bf., Bäumeertrücker folgen 3 Bf. pro Strauch. Es wird erwartet, daß alle Obstbaumzüchter mit Hilfe des Obst- und Gartenbauvereins die Erhaltung des Obstbaumschadens durchzuführen bringen.

Kreis Ekersberg

SPD, Kreis Ekersberg

Donnerstag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal „Zur Post“ in Ekersberg eine Kreisversammlung statt.

Zugelordnung:

- 1. Die Provinzial-, Kreis- und Gemeindevorstände.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Kreisstag.
3. Parteianliegenheiten.
4. Parteianliegenheiten.

Wir fordern die Ortsvereine auf, pünktlich und zahlreich diese Kreisversammlung zu besuchen. Der Unterbezirksvorsitzende.

Kreis Jorau

Jorau (Stadt)

Annaburg. Leutes Brennholz. Bei den von den Fortschrittler durchgeführten Brennholzprüfungen mußte erneut die Warnung gemacht werden, daß für das angebotene Holz nur ein Preis von 100 Mark je Kubikmeter gefordert wurde. Entgegen dem großen Widerstand mußte doch ohne weiteres auch bei Brennholzprüfungen von den Fortschrittler erwartet werden, eine Preisreduzierung für Brennholz einzutreten zu lassen, denn die geforderten Preise sind die ärmere Bevölkerung nicht zahlen.

Kreis Stebenwerda

Das tat er für Deutschland

Naziführer durchdringt die Nationalsozialisten.

Hallenberg. Am letzten Sonntag hatten die Nationalsozialisten ihre braune Privatarmee in Hallebergschlag zusammengezogen, um gemeinsam mit dem Stahlhelm den Bürgern die Darübergangsfahrt vorzuführen. Von den angebotenen 2000 Mann waren knapp 600 erschienen (einschließlich der 70 Stahlhelmer), um unter polizeilicher Begleitung so etwas Ähnliches wie eine militärische Ordnung, die von alten Soldaten als Musterbeispiel bezeichnet wurde, vorzuführen. Anschließend wurde diese Besondereinrichtung dann reorganisiert. Abends verließ ein Teil der von anwesenden Kommunisten aufgeführten der Ort. Die Führer allerdings hatten es nicht so eilig. Einer von ihnen, der bekannte Kaufmann Kriese aus Mühlberg, konnte sich nicht von dem eben beschriebenen. Aber auch für ihn ist die Besondereinrichtung. Dabei stellte sich dann heraus, daß es nicht mehr ganz so einfach war. Gegen 8.30 Uhr morgens durchfuhr er mit seinem Motorrad in Hallebergschlag die in der Mühlberger Straße befindliche geschlossene Eisenbahnbrücke, um auf dem ersten Gleis liegen zu bleiben. Dort neben ihm, auf dem zweiten Gleis, ratterte ein Güterzug vor.

District Mühlchen

Kreisstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal „Schumann in Kemnitz“.

Wichtige District-Mitgliederversammlung.

Zugelordnung: Aufstellung der Kandidaten zum Kreisstag, Parteianliegenheiten.

Die Mitglieder der einzelnen Ortsvereine, welche zum District gehören, werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Bekämpfung der Obstbaumschädlinge

Mühlchen. Der hiesige Obst- und Gartenbauverein in der Vergangenheit haben die Obstbaumschädlingbekämpfung mittels einer Besondereinrichtung durchgeführt und hierbei gute Erfolge erzielt. Auch in diesem Jahre soll die Vernichtung der Obstbaumschädlinge durch den Obst- und Gartenbauverein wieder vorgenommen werden. Alle Besitzer von Obstbäumen werden daher ersucht, Anträge diesbezüglich im Februar...

Der Provinzialausschuß klagt

Straßenbauarbeiten im großen Umfang beschlossen

Der Provinzialausschuß, der am 15. Februar in Weiskensfeld tagte, beschloß, bei in Staatliche Finanzverwaltung der Provinz Sachsen gegen die Bestimmungen des Reichs- und Staatsverfassung verstoßen.

Abgeschiedener dieser zu erhebenden Klage wurde beschlossen, die Neubausen zum Provinziallandtag gemäß der in den Amtsblättern der Regierungen von Magdeburg, Merseburg und Erfurt veröffentlichten Bekanntmachung des Landesparlamentes als des Provinzialausschusses durchzuführen. Die Provinziallandtag werden verschiedene weitgehende Beschlüsse gefaßt. So wurde der Landesparlamentarier ermächtigt, darlegen bis zur Höhe von...

3 1/2 Millionen Mark zur Durchführung des Provinziallandtags. Der Provinzialausschuß hat sich für die Aufstellung von 570 000 RM für den Darlehen aus den gleichen Mitteln für die Ausführung...

dringlicher Hochbauarbeiten ausgenommen werden. Ferner ist auch die Beteiligung etwaiger Kleinbau-Straßenbauarbeiten vorgesehen.

Die Meliorationen aller Art verdienen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches besondere Berücksichtigung, weil gerade bei der Durchführung dieser Unternehmungen erhebliche in großer Zahl nutzbringend beschäftigt werden können.

Um die gleiche finanzielle Entlastung der Meliorationssträger zu erreichen, beschloß der Provinzialausschuß, daß der Provinzialverordnungs- und der vierter Teil der 6 Prozent betragenden Jahresrente für die bis zur Gesamthöhe von 1,5 Millionen Mark in der Provinz Sachsen aufgenommenen Darlehensbeträge auf 20 Jahre unter der Voraussetzung übernimmt, daß der Staat sich in gleicher Weise und mit den gleichen Zinsen beteiligt.

Unter Festhaltung an einer unbedingten Umlage von 13 1/2 Prozent wird der Bundeshaushalt für 1933 in der nächsten Sitzung des Provinzialausschusses, die für den 15. März vorzulegen ist, erneut zur Beschlußfassung vorgelagert werden.

# Ein Ammendorfer Gerichtstag

## Wie kam der Ladestrafen in der Kaffeemühle

Das Schöffengericht in Halle hatte sich an einem Verhandlungstag gleich mit drei Strafjahren zu befassen, in denen sämtlich Ammendorfer Einwohner angeklagt waren. Im ersten Falle stand der 36jährige Erich B. von der Säberei heute unter Anklage, eine Schloßscheibe besitzen und auf einen Polizeibund geschossen zu haben. Der schon damals schwer verurteilte Angeklagte, der sich auch noch wegen anderer Fälle in Untersuchungshaft befindet, soll mit zwei anderen von einem Polizeibeamten am 1. August im November vorigen Jahres im Gelände bei der Straße von der Seebt beobachtet und, da Verdacht größerer Handlungen vorlag, verfolgt worden sein. Bei der Jagd wurde der angeklagte Polizeibund angeschlossen. Durch eine Nachbarschaft wurde einige Zeit später die Polizei anrufen, ihr Mann habe von dem Hund angehalten worden und der Angeklagte B. habe geschossen. Sie machte die Anzeige an Radee gegen ihren Gemann, weil er sie geschoßen hatte. Es erfolgte darauf die Festnahme B.s. In seiner Wohnung wurde in der Kaffeemühle ein Polizeibund einer Pistole und eines Gewehrs gefunden, wie es die Beschlüsse des getretenen Bundes enthielt. In der Verhandlung wurde die Angeklagte Frau aber ihre Anzeige, sie sagte, sie hätte alles nur von dem Kindern gehört und habe ihrem Mann „eins ausreichen“ wollen. Sie man sie frug, ob sie wieder eine Pistole bekommen hätte, bejahte sie das. Sie aber nun nur der Ladestrafen als Beispielmaterie übrig blieb, erkannte das Gericht, trotz schwerer Beweisen, auf Freispruch.

### Noch ein Freispruch trotz harten Verdachts

Oberhalb freigesprochen wegen mangelnder Beweise wurde das Gastwirtschaffler Th. aus Ammendorf. Ihm wurde vorgeworfen, einen Einbruch im Juni 1932 nur vorgetäuscht zu haben, um eine Versicherungssumme zu erlangen. Auch hier lagen sehr viele Beweismomente vor, doch konnte auch hier das Gericht nicht zu einer Verurteilung kommen, da sie ihm nicht ausreichten.

### Der „unbekannte Dritte“ stirbt nicht aus

Der erst 23jährige Gustav Dr. aus Ammendorf hat schon ein erhebliches Strafregister, u. a. Raub und Hehlerei enthaltend. Aber kaum war er aus dem Gefängnis entlassen worden, ging er wieder zu neuen Exzessen aus. Zusammen mit dem 20jährigen Karl L., auch aus Ammendorf, und einem „unbekannten Dritten“ ging es nach Dürrenberg. Als Dr. und L. am anderen Tage das Gericht holen wollten, sie es wegen eines neuen Exzesses nicht, „unbekannter Dritter“. Dr. legte man auch noch die Strafbüchse Lenno und in ein Hofverbotsgeld in Summe zur Last. Diese Strafbüchse besitzt er aber, ebenso Th. eine ihm in diesem Falle in die Schuld gefallene Hehlerei. Das Urteil lautete bei Dr. auf 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Freiheitsstrafe und bei Th. der noch unbekannt ist, auf 4 Monate Gefängnis. Restere dürfte bestimmt nur auf 2 Monate behandelt haben, denn er besaß noch ein Strafregister mit 4 M. freie Jahren 5 M. Unterführung. Davon kann man natürlich nicht leben.

mit Hilfe gegen viele Schulfürer haben, ihren Unterlegenheit zu helfen. Unsere Anerkennung geht dabei denen, die aus Selbstlosigkeit Solidarität haben.

### Mit aller Kraft gegen das Fahrenhreg

**Bedacht.** Die außerordentliche Mitgliederversammlung des SPD-Verbands fand ganz unter dem Eindruck der bevorstehenden Wahlkampfe. Nach kurzer Berichterstattung über die Unterbestreitungsverhältnisse in Jaltendorf und die Kreisorganisation in Altfeld wurde mit besonderer Eifer zu den Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen Stellung genommen. Einmütig billigten die Beschlüsse die Aufstellung der Kandidaten in der bisherigen Form und, daß bei der Kandidatenaufstellung auch die Frage der Betriebsarbeiter, bei denen die Voraussetzungen der Gewerkschaften, mehr geprüft werden ist. Über die politischen Ergebnisse wurde eine Ausdrucksbeilage und dann beschlossen, Rationalsozialisten

den Eintritt zu allen unseren öffentlichen Veranlassungen grundständig zu verweigern, weil festgestellt worden ist, daß sie darauf mit allen Mitteln abgesehen, Veranlassungen der Gewerkschaften zu hindern, damit sie dann mit Hilfe der Polizei wegen Unfriedlichkeit aufgeht werden. Um die Bevölkerung über die ungeheuren Gefahren der nationalsozialistischen Bewegung zu unterrichten, wurde eine besonders gute Wahlkampftruppe zusammengestellt.

### Attentat auf Roosevelt

Wien (Globe), den 16. Februar.

Gestern Abend wurde auf den zukünftigen Präsidenten Roosevelt bei einem hier ihm zu Ehren veranstalteten Empfangsabend geschossen. Die Kugeln trafen aber nicht ein, sondern den Bürgermeister der Stadt. Der Täter wurde verhaftet.

# Sport und Spiel

## Arbeiterturner und Sportler!

Das Komitee Hitler-Jugendverbände hat zu finden, ist der Reichstag aufgelöst. Die Reichswahlen sind für den 5. März angesetzt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Fronten haben sich gebildet, und der Kampf um Gein oder Reich der Demokratie in Deutschland hat blutige Formen angenommen. Handgegriffen, die Zeit ist da, es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, der besten Arbeiterklasse. Deshalb muß bei vor und liegende Zeit zur politischen Aufklärung. Nehmt teil an den Vorarbeiten der Wahlarbeiten Reich und ein in die Gewerkschaften. Am 23. März 1933, erklärt der Bundesverband im Einvernehmen mit den Bundesparteien einen allgemeinen Spiel-, Sport- und Lehrgang, der in allen Kreisen der Gewerkschaften und Arbeiter. Die Kreis- und Bezirksparteien sind verpflichtet, diesen Befehl durchzuführen.

Der Bundesverband: G. Sellert

# Waren die Kommunisten in Notwehr?

## Aufschlußreiche Feststellungen der Staatsanwaltschaft Halle zu den Eisleber Vorfällen

Die Justizpressestelle Halle gibt über die Ermittlungen, die bisher über die Eisleber Vorfälle angestellt worden sind, folgende amtliche Mitteilung heraus:

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei, die in jüngerer Verbindung mit der Staatsanwaltschaft arbeitet, konnten am Durch die große Zahl der Beteiligten und beteiligten Personen, die bei Durchsuchungen nach Waffen gefunden teilweise teilweise festgenommen worden sind, war es noch nicht möglich, sämtliche Beteiligten zu fassen; u. a. werden die in den Krankenhäusern liegenden Personen vernommen. Mehrere Personen sind dem Amtsgericht zwecks Erlass eines Haftbefehles vorgeführt worden.

Die Obduktion des getöteten Nationalsozialisten hat ergeben, daß er von zwei Schüssen (Brustschlag und Handschlag) getroffen ist, von denen der Brustschlag (von unten nach oben) zu dem Tod zur inneren Verletzung führte. Die gefundenen Angaben haben an andere Raliber als die von der Polizei gebrauchte Munition.

Die beiden vernommenen Nationalsozialisten behaupten mit Bestimmtheit, daß zuerst aus dem Hause des „Ralfsenkampfs“ geschossen worden ist.

Sehr interessant an dem Bericht ist, daß die Polizei, die den Tod des Nationalsozialisten verursachte, von unten nach oben jagte. Damit werden die nationalsozialistischen Presse-mitteilungen liegen gestift, daß der Nationalsozialist von dem Dach aus erschossen worden ist. Nach dem Bericht ist anzunehmen, daß wenn der SS-Mann von Kommunisten erschossen wurde, dieser von unten her geschossen hat. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß der Schütze bereits zu Boden geschlagen war, als er schloß.

### Es kann sich also durchaus um einen Akt der Notwehr handeln.

Ein Zeichen dafür, wie verantwortungsvoll die Presse über die Vorgänge berichtet, ist, daß beispielsweise das „Eisleber Tageblatt“ in etw und derselben Nummer — nämlich am Montag — festhielt, daß „der SS-Mann erst aus Halle auf der Stelle tot gewesen“ sei und dann, daß er „mit den Worten Radee: Es ist ja für Deutschland“. Wie sich das zusammensetzt, ist unverständlich.

Der Bericht der Staatsanwaltschaft weicht auch nicht von den Aussagen der Kommunisten,

obwohl, wie gesagt wird, Suchen hatgefunden haben. Wer da das von der Justiz-Berichte Trammelfreier veranlaßt hat, bleibt fraglich. Die Staatsanwaltschaft hat auch bis jetzt nur festgestellt, daß die gefundenen Angaben anderer Raliber hätten wie die der Polizei. Ebenfalls sind die einzigen Ergebnisse der Untersuchungen die Aussagen der zwei Nationalsozialisten, daß zuerst aus dem Hause des „Ralfsenkampfs“ geschossen worden ist. Auf sie scheint sich bisher die ganze Anklage gegen die Kommunisten zu stützen. Wie die Aussagen von SS-Beamten zu bewerten sind, weiß die Staatsanwaltschaft wohl selbst.

In den Eisleber Krankenhäusern liegen noch 15 Verletzte, darunter der 19jährige Kommunist und Erwerbslose Hans Seidel. Er liegt seit Sonntag ohne Bewußtsein, so daß man um sein Leben bangt. Die Polizeinotiz, daß dem Verwundeten ein Verbandsarzt kommen die rechte Hand amputiert werden mußte, entspricht nicht den Tatsachen. Keinen wurde nur leicht an der Hand verletzt.

### Die Ermittlungen dauern an

Wegen ihres Unlanges und wegen der erheblichen Widersprüche ist eine Klärung, welche der kommunistischen Verbände, Bernhard Roenen aus der Polizeistelle entlassen worden. Roenen wurde von der nationalsozialistischen Presse, u. a. von der „Saalezeitung“, als der Anführer der Eisleber Vorgänge bezeichnet. Es ist kaum anzunehmen, daß die Staatsanwaltschaft Roenen hätte laufen lassen, wenn er keine Selbstverteidigung übergeben wäre.

Die vorläufige Formulierung der obigen Mitteilung der Staatsanwaltschaft läßt auch darauf schließen, daß die Ermittlungen doch ein anderes Bild von den Vorfällen ergeben haben, als die nationalsozialistische Presse es ausgemalt hat. Es ist unbedeutend, ob die Ergebnisse der Ermittlungen schneller bekanntwerden, da sich bekanntlich das Verbot des „Ralfsenkampfs“ auf die Durchführung der Vorgänge in Eisleber bezieht und durch die neuesten Ermittlungen die gemäßigtesten Feststellungen des Generalstaatsanwalts „Ralfsen“ durchaus bestätigt werden könnten.

### Auch das ist Solidarität

**Bedacht.** In Verbindung mit der Gemeinde wird in der Volkshilfe auch jetzt noch an die Kinder besonders mittellose Eltern unentgeltlich oder gegen eine ganz geringe Entschädigung Arbeit und Energie verabschiedet. Die Unterstützung der Waisen ist, soweit sie überhaupt ist, außerordentlich gering. Nun hat man auch mit Hilfe einzelner Lehrer dem Uebelstand abgeholfen, daß eine Anzahl Kinder während der Unterrichtsstunden überhaupt nichts zu tun mangelt auf allen Tagen. Diese Kinder erhalten nun ein Frühstücksgeld, und

# Zu neuen Aufgaben bereit

## Schlichtungsamt des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege e. V. Halle

### II. Organisationsangelegenheiten

Am 19. Februar fand ein Plenum der Arbeiterturner und Sportler in Halle. Die Beschlüsse sind für den 5. März angesetzt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Fronten haben sich gebildet, und der Kampf um Gein oder Reich der Demokratie in Deutschland hat blutige Formen angenommen. Handgegriffen, die Zeit ist da, es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, der besten Arbeiterklasse. Deshalb muß bei vor und liegende Zeit zur politischen Aufklärung. Nehmt teil an den Vorarbeiten der Wahlarbeiten Reich und ein in die Gewerkschaften. Am 23. März 1933, erklärt der Bundesverband im Einvernehmen mit den Bundesparteien einen allgemeinen Spiel-, Sport- und Lehrgang, der in allen Kreisen der Gewerkschaften und Arbeiter. Die Kreis- und Bezirksparteien sind verpflichtet, diesen Befehl durchzuführen.

### Organisationsangelegenheiten

Die Vereine wurden in Verhandlungen, durch persönliche Rücksprachen und Rundschreiben laufen über alle ausstehenden Fragen um unterrichtet. In der Gewerkschaft sind auch von unseren Mitgliedern viele Arbeiten geleistet. Mit allen Arbeiterorganisationen ist 1933 gute Beziehungen zu einzelnen Vereinen hergestellt worden. Die Aufgaben des Saalkreis- und des Bezirkskartells wurden für alle Vereine, Verbände und deren Externen nach besten Kräften erfüllt. Die Richtlinien des Provinzialkartells und der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege wurden bei allen Tätigkeiten genau befolgt.

### Allgemeines

Am 21. Mai erlitt der polische Arbeitersport einen großen Verlust. Der langjährige Führer und Berater unserer Bewegung, Otto Bürger, starb. Seine Arbeiten für den Arbeitersport werden unersetzlich sein.

Die Rassenverhältnisse sind angepannt, aber gesund.

### Beranstellungen und Wettbewerbe

Am 19. Februar fand ein Plenum der Arbeiterturner und Sportler in Halle. Die Beschlüsse sind für den 5. März angesetzt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Fronten haben sich gebildet, und der Kampf um Gein oder Reich der Demokratie in Deutschland hat blutige Formen angenommen. Handgegriffen, die Zeit ist da, es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, der besten Arbeiterklasse. Deshalb muß bei vor und liegende Zeit zur politischen Aufklärung. Nehmt teil an den Vorarbeiten der Wahlarbeiten Reich und ein in die Gewerkschaften. Am 23. März 1933, erklärt der Bundesverband im Einvernehmen mit den Bundesparteien einen allgemeinen Spiel-, Sport- und Lehrgang, der in allen Kreisen der Gewerkschaften und Arbeiter. Die Kreis- und Bezirksparteien sind verpflichtet, diesen Befehl durchzuführen.

### Sporthallen-Bekanntmachungen

Die Sporthallen-Bekanntmachungen sind für den 5. März angesetzt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Fronten haben sich gebildet, und der Kampf um Gein oder Reich der Demokratie in Deutschland hat blutige Formen angenommen. Handgegriffen, die Zeit ist da, es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, der besten Arbeiterklasse. Deshalb muß bei vor und liegende Zeit zur politischen Aufklärung. Nehmt teil an den Vorarbeiten der Wahlarbeiten Reich und ein in die Gewerkschaften. Am 23. März 1933, erklärt der Bundesverband im Einvernehmen mit den Bundesparteien einen allgemeinen Spiel-, Sport- und Lehrgang, der in allen Kreisen der Gewerkschaften und Arbeiter. Die Kreis- und Bezirksparteien sind verpflichtet, diesen Befehl durchzuführen.

### Arbeiterturner-Veranstaltungen

213 Arbeiterturner leisteten 1194, 47 Rettungsdienstleistungen. Die Veranstaltung der wirtlichen Unkosten dieser wichtigen Tätigkeit hat der Magistrat Halle im Vorhinein abgelehnt. Ein neuer Versuch ist noch nicht unternommen. Wir werden aber unternimmt weitere Kräfte weiterhin nach bester Möglichkeit in den Dienst der Öffentlichkeit stellen.

### Freiwilliger Arbeitsdienst

Der freiwillige Arbeitsdienst mit seinen Bestimmungen bis zum Juli machte eine Verwendung für uns schwerer möglich. Hinzu kam die besondere Auffassung der holländischen Arbeitsorganisationen, die fast latenten wurden, wie man die Arbeitslosigkeit nicht zu erhalten. Die holländischen Bemühungen zur Beschaffung eines Geländes für den Kleinbinderdickport scheiterten an der Finanzfrage. Zur Erledigung der Verpflichtungen des Vereins Germania-Hellenfeld wurden zwei Prozesse mit Erfolg durchgeführt.

### Verkehr mit den Behörden

Rohstoffe Rückfragen mit den höchsten Stellen und dem Arbeitsamt waren wegen der Erwerbslosenzunahme nötig. Behörden in neueren Fällen, soweit sie überhaupt ist, außerordentlich gering. Nun hat man auch mit Hilfe einzelner Lehrer dem Uebelstand abgeholfen, daß eine Anzahl Kinder während der Unterrichtsstunden überhaupt nichts zu tun mangelt auf allen Tagen. Diese Kinder erhalten nun ein Frühstücksgeld, und

### Reinigungsmittelungen

Reinigungsmittelungen sind für den 5. März angesetzt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Fronten haben sich gebildet, und der Kampf um Gein oder Reich der Demokratie in Deutschland hat blutige Formen angenommen. Handgegriffen, die Zeit ist da, es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, der besten Arbeiterklasse. Deshalb muß bei vor und liegende Zeit zur politischen Aufklärung. Nehmt teil an den Vorarbeiten der Wahlarbeiten Reich und ein in die Gewerkschaften. Am 23. März 1933, erklärt der Bundesverband im Einvernehmen mit den Bundesparteien einen allgemeinen Spiel-, Sport- und Lehrgang, der in allen Kreisen der Gewerkschaften und Arbeiter. Die Kreis- und Bezirksparteien sind verpflichtet, diesen Befehl durchzuführen.

### Reinigungsmittelungen

Reinigungsmittelungen sind für den 5. März angesetzt. Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Die Fronten haben sich gebildet, und der Kampf um Gein oder Reich der Demokratie in Deutschland hat blutige Formen angenommen. Handgegriffen, die Zeit ist da, es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, der besten Arbeiterklasse. Deshalb muß bei vor und liegende Zeit zur politischen Aufklärung. Nehmt teil an den Vorarbeiten der Wahlarbeiten Reich und ein in die Gewerkschaften. Am 23. März 1933, erklärt der Bundesverband im Einvernehmen mit den Bundesparteien einen allgemeinen Spiel-, Sport- und Lehrgang, der in allen Kreisen der Gewerkschaften und Arbeiter. Die Kreis- und Bezirksparteien sind verpflichtet, diesen Befehl durchzuführen.

# Die Tarifikündigungen an der Ruhr

## Tariflos — rechtlos

Der Vorstoß der Schachsmacher zur Zerstückung des Reichsarbeitsministeriums, der am 1. März nach der Bildung der Hitler-Regierung einleitete, ist — weil plötzlich und einmal Reichsstaatsminister anberaumt wurden — für den Augenblick zum Stillstand gekommen. Aufgehoben ist aber nicht aufgehoben. Nach den Diktata wird die Brechstränge wieder angegriffen werden. Bestände keine Gefahr mehr, dann hätte es der Reichsarbeitsminister nicht nötig, ausdrücklich vor der Öffentlichkeit zu erklären, er sei kein Feind des Arbeits- und Tarifrechts. Bestände keine Gefahr mehr, dann hätte es auch die Stahlkommission, wie z. B. die „Kreuz-Zeitung“, nicht nötig, ausdrücklich gegen eine Zerstückung des Reichsarbeitsministeriums Front zu machen.

Alle Berufsgruppenverträge ändern nichts an der offensichtlichen Tatsache, daß der Vorstoß der Schachsmacher gegen das Reichsarbeitsministerium ein Stück einer ganz bestimmten Strategie darstellt. Bei diesem Vorstoß handelt es sich nicht um eine technische Umorganisation der Ministerien, sondern um etwas ganz anderes: um die Zerstückung des Tarifgebaltens. Die Kündigung der Tarifverträge im Ruhrbergbau und der Vorstoß zur Zerstückung des Reichsarbeitsministeriums sind in einem inneren Zusammenhang. Die Schwerindustrie müßte einen tariflosen Zustand herbeiführen, sie müßte Willkürfreiheit haben. Sie müßte sich beugen und beugen lassen, wie ein Reichsarbeitsminister eine Lohn- und Arbeitsrechtsabteilung gibt. Die Kündigungssaktion des Zechenverbandes kann auch mit rein wirtschaftlichen

Argumenten kaum begründet werden. Der Zechenverband will mehr als nur eine neue Beschäftigung der Köhne. Entschieden ist für ihn die Wiederherstellung der obliegenden Bewegungsfreiheit der Zechenherren.

Die „Bergbauindustrie“, das Organ des freien Bergarbeiterverbandes, erinnert im Zusammenhang mit der Kündigung der Tarife durch den Zechenverband an die Rede, die Dr. Brandl am 10. März 1931 gehalten hat. Demnach führte Brandl u. a. aus: Man mache die deutsche Wirtschaft endlich wieder frei. Und man gebe dem deutschen Bergbau wieder die alte Freiheit. Man mache ihn wieder frei von der Lohnzwangsverwaltung und einem als unheilvoll erkannten Schlichtungswesen. In heutiger Zeit ist kein Raum mehr für staatliche Zwangsmaßnahmen.

Wenn es nach den Wünschen der Zechenherren geht — betont die „Bergbauindustrie“ — werden Schlichtungsentscheidungen nicht mehr gefällt und verbindlich erklärt. Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden vielmehr dem freien Kräftegleichgewicht überlassen. Diese Vermutung ist um so nachvollziehbar, weil die „Deutsche Bergwerkszeitschrift“ dem zum Inhalt genommenen der Hitler-Regierung ganz offen erklärte, die Arbeiterschaft könne in Zukunft nicht mehr in dem bisherigen Maß bei Tarifkonflikten auf die staatliche Hilfeleistung rechnen. Offenbar hat das Organ der Zechenherren seine Hoffnungen vor allem darauf, daß Hugenbergs Reichsarbeitsministerium nicht mehr in der Lage ist, bei solchen Gelegenheiten als Vorkämpfer des großkapitalistischen

Unternehmertums wörtlich folgendes erklärt:

„Wie sehr verheißt General Was kann und darf der verparlamentarisierte und halbsozialisierte Unternehmer von heute noch sein? Er darf jeden stilligen, Fabriken schließen, deutsche Wertstätten und andere Unternehmungen an das Ausland verkaufen oder ungeheure Steuern und hohe Kosten aufliegen und sich darüber mit den Finanzämtern auseinandersetzen. Er darf Feiertage verfallen lassen und mit dem Staat und anderen martziglichen oder halbmarztiglichen Organisationen um die Erhaltung des Restes der Wirtschaft kämpfen — dazu: ein Dasein voller produktiver Lebensfreude.“

Nach diesen Auslassungen — betont die „Bergbauindustrie“ — müssen die Bergarbeiter annehmen, daß Hugenberg den Wünschen des Zechenverbandes weitgehend Rechnung trägt. Endlich wäre also der Zeitpunkt gekommen, wo man den tariflosen Zustand herbeiführen kann. Praktisch ist dieses Ziel verhältnismäßig einfach zu erreichen. Beide Tarifverträge sind genehmigt, und die erfahrungsgemäß eine Vereinbarung zwischen den Tarifparteien über wesentliche Streitfragen ist möglich ist, braucht man nur in dem schwebenden Tarifkonflikt um Schlichtungsentscheidungen abzuweichen oder diese nicht für verbindlich zu erklären, und das reaktionäre Unternehmertum: der tariflose Zustand ist erreicht. Nicht nur die Ruhrbergarbeiter und alle deutschen Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß für den 8. März, für den Wahltag, und darüber hinaus alle Kräfte mobilisieren. Tarifrecht ist Menschenrecht. Tariflosigkeit ist der Anfang, Rechtslosigkeit das Ende.

## Göring schafft Arbeit

Aber die Lagen sind doch nicht auszufüllen

Die Preußentombirare lassen sich mit besten Kräften anlegen sein. Arbeit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Die „Ausrottung des Marasmus“ bietet ihnen dazu die beste Gelegenheit. Am Montagmorgen waren Bauarbeiter damit beschäftigt, die Polizeiuferfront an der Castroper Straße in Bockum von martziglichen Merkmalen zu säubern. Die Bezeichnung an der Hauptfront des Gebäudes „Polizeiuferfront Staatsminister Geringer“ wurde durch eine auf Staatskosten aus der Hand herausgerissen. Die Rollen dieser wichtigen Arbeit gehen zu Lasten der Staatskasse. Mit der Beilegung der Inhaftierten in ein gefährliches Stück Marasmus in Bockum ausgerollt.

An der staatlichen Polizeiuferfront in Bockum-Bockum, die den Namen Ministerpräsident Braun führt, ist am Dienstag auf Anordnung des Reichsstaatsministers Göring bei der Außenfront in Metallbüchsen angebrachte Name des preußischen Ministerpräsidenten entfernt worden.

## Der Weg zu den „herrlichen Zeiten“

Hitters wilhelminischer Kurs

Seit dem 30. Januar sind wir im „Dritten Reich“. Wir kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus; denn das Dritte Reich kommt uns merkwürdig bekannt vor: ganz wie unter Wilhelm I. Wir haben nicht an Keuschheiten wie Reisen und Reden, wenn uns die Politik des Reichsanführers Hitler an Wilhelm II. erinnert. Auf den Inhalt und die Methode kommt es an! Wir sollen jerschmeitert werden, wir sind der innere Feind — wie unter Wilhelm. Und nach außen?

Herr Göring hat mit seinem Telegramm nach Goeteborg angefangen. Herr Hitler hat einem englischen Obersten namens G. E. G. ein Interview über seine politischen Ansichten gegeben. Um das Interview hat sich sofort eine Affäre entpinnert, durch die wir uns unmittelbar an das Daily Telegraph-Interview Wilhelms II. erinnern können.

Das Interview war für die „Daily Mail“ bestimmt, ist aber im „Sunday Express“ erschienen. Dem Interviewer war eine schriftliche Aufzeichnung übergeben worden, im „Sunday Express“ ist eine Fassung erschienen, die von der nunmehr amtlich veröffentlichten Aufzeichnung erheblich abweicht.

Es sind zwei Punkte, die dabei besonders in Frage kommen. Nach dem „Sunday Express“ soll Hitler gesagt haben:

„Von einer Rückkehr der Hohenzollern kann überhaupt nicht die Rede sein. Wenn wir Republik gegen Monarchie zur Entscheidung stellen würden, wäre dies ein neuer Grund zur Spaltung und zu ununterbrochenen Unruhen zu einer Zeit, in der es unumgänglich notwendig ist, daß wir ein geeinigtes Gelingen haben, bis wir wissen, wo wir stehen.“

An der amtlichen Veröffentlichung ist diese Stelle nicht enthalten, ebensowenig wie lobende Worte, die Hitler über Cromwell gesprochen haben soll, über den Diktator, der Karl I. Stuart hängen ließ.

Ein zweiter Punkt betrifft den politischen Korridor. Nach dem „Sunday Express“ habe Hitler erklärt:

„Der politische Korridor müsse an Deutschland zurückgegeben werden, und zwar nach Ansicht der betroffenen deutschen Bevölkerung sowie aus anderen Gründen. Der politische Korridor sei neben den Verträgen die größte Ungerechtigkeit gegen Deutschland. Diese Frage mußte bald gelöst werden.“

Dieser Satz, der in Paris und Warschau schon erheblichen Sturm hervorgerufen hat, ist in der amtlich veröffentlichten amtlichen Fassung ebenfalls nicht enthalten. Und hier beginnt schon der Wirrwarr! Denn die „Kreuz-Zeitung“, das Organ des Reichsministers Selbste und des Stahlhelm, hat sich bereits mit Begeisterung auf die Fassung des „Sunday Express“ gestürzt und verteidigt mit lautem Beifall ihren Vorgesetzten. „Hitler fordert den Korridor zurück. Der Reichsanführer verlangt Revision der Verträge. Rückgabe des Korridors.“ Da sind in einem Regierungsbüro Hoffnungen erweckt worden, die durch die amtliche Veröffentlichung nun wieder getrübt werden müssen. Auf diese Weise wird aus einem Vorstoß ein Rückzug — ganz nach wilhelminischer Manier.

Das Auswärtige Amt steht unter der Leitung eines Berufsdiplomaten. Als Wilhelm II. sein Daily Telegraph-Interview den Berufsdiplomaten vorlegte, hoben sie es gänzlich und ungelesen beiseite — und bezeugen hinterher den Schaden. Das Hitler-Interview soll ebenfalls in die zweite Fassung, die veröffentlicht wurde, nicht mehr einfließen. Politische Gebändertungen mit politischem Inhalt soll in Interviews für fremde Journale vor dem deutschen Öffentlichkeit klarzulegen?

Aber haben wir nicht recht, daß dies alles so deutlich nach wilhelminischem Kurs aussieht?

# So wirtschaften ostelbische Junker

Aus dem großen Sumpf der Ostelbischen Kasse

Wir setzen unsere Veröffentlichungen über die Ostelbischen Kasse fort. Die ostelbischen Junker werden der Öffentlichkeit gegenüber in einem Bericht über die Ostelbische Kasse dargestellt.

Ein besonders „schöner“ Kapitel ist die Geschichte des Reichsministers Brauns, das ein Herr Otto Braun im Jahre 1927 von der Regierung erworben, Kreis Preußisch-Golau für 275 000 Mk. erworben hat. Braun behauptete, 110 000 Mk. Vermögen zu besitzen. Dennoch konnte er nicht einmal die Anzahlung von 30 000 Mk. leisten, die weiteren Anzahlungen blieb er der Einfachheit halber ganz schuldig. Hier gewährte ihm schon die Ostpreußenhilfe erste materielle Stütze. Sie zahlte durch die Bundesbank für die Broding Ostpreußen das Rest aufgeld aus und gewährte ihm eine erste Hypothek. Außerdem erhielt Braun aus dem Reichsministerium für die Ostpreußenhilfe weitere Mittel.

Auf diese Art finanziert, konnte Braun schließlich wirtschaften, zumal es ihm gelungen war, bei dieser ersten Umfinanzierung erhebliche Schulden „abzuschütteln“. Dabei ging er ganz objektiv vor; es wurde alles abgestimmt, was irgend ging.

Darunter lag die Verpflichtung eines Kassenfalls. Die Inhaberin dieses Ausgebotes hatte keine andere Möglichkeit, als bei der Treuhandstelle unter Schlichtung ihrer Notlage um eine Hilfe zu bitten.

Braun wirtschaftete fröhlich drauf los. Seine Ueberzeugung konnte ihn niemand rauben; an seiner Schiene lag er ein Schild an mit der sinnigen Aufschrift: „Deutschland oder doch!“

Damals sah er Zeit, sein Gut erneut herabzuwerten. Das gesamte Gut wurde schließlich zum Verkauf angeboten, wurde verkauft. Die Zahlung wurde niedergeschlagen, das ergab 1000 Reichsmark Holz, die ebenfalls verkauft wurden. Das Herabwürdigen wurde verschleudert, der Schmelzpreis wurde leer gemacht, der Notlage wurde erst einmal auf Kredit überholt und dann verkauft. Alles, was sonst an persönlichen Bedürfnissen wünschbar erschien, wurde, wenn es irgend ging, gepumpt, und wenn es nicht mehr ging, wurden dafür Briefe geschrieben. So hielten zum Beispiel Rechnungen über 186 Mrk. Marxplan, Wein, Zigarren, Gemüsepflanzen und Silbergeschmuck die gleiche Kategorie — es wurde auf Kredit geschrieben.

An der Zwangsversteigerung, die dann notwendig wurde, tauchte der Herr Braun ganz wesentlich von seinen Schulden. So wie der Wechsel bezahlt werden mußten und die Gläubiger nicht auf ihre Forderungen verzichteten, erfolgte die erneute Umfinanzierung aus öffentlichen Mitteln. Die Treuhandstelle übernahm das Gut zum Preise der ersten Hypothek; sie bezahlte die bevorstehenden Forderungen im Betrage von 26 000 Mk. Das Gut wurde mit einer neuen beschafften Hypothek belastet. Dazu kam selbstverständlich noch das laufende Wirtschaftsgeld.

Und wer erhielt dann das Gut? Die kleinen unermüdbaren Kinder des Herrn Otto Braun. Er hat von seinen Kindern Vollmacht und Verfügungsrecht.

Diese Lasten sind bereits im Jahre 1931 der Bundesbank der Broding Ostpreußen unter

Ramenennung und Zeugensangabe mitgeteilt worden. Man mußte annehmen, daß eingetragene worden wäre, aber weit gefehlt. Die Bundesbank schrieb hochmütig: „Was den Inhalt Ihres Schreibens anbelangt, so haben wir Nachforschungen angestellt und beabsichtigen uns untere Maßnahmen vor, ohne Sie hiervon weiter zu benachrichtigen.“

Wir fragen das Reichsstaatsminister für die Ostelbische Kasse, ob dieses Gut noch unter Sicherung stehen bleibt und ob es aus Ostelbischen Mitteln umgeladet wird? Wir fragen weiter, ob ihr etwas darüber bekannt ist, daß Braun bestimmte persönliche Beziehungen zu bestimmten Ostelbischen hat, die dafür ausreichen, um immer wieder für ihn gutes Wetter zu machen?

# Leiparts Warnung

Kampf auf Leben und Tod um Freiheit

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Leipart befähigte sich am Dienstagabend in einem Vortrag, den er in der Berliner Hochschule für Politik über die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft hielt, auch mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er führte u. a. aus: „Es liegt sehr nahe, daß die bestmögliche Eingliederung der Arbeiter in den Staat wieder völlig zerfallen wird. Die jüngsten offiziellen Kämpfe im Rundfunk und im Sportplatz lassen kaum noch Zweifel daran, daß die Kräfte, denen heute die Macht im Staate ausgeliefert ist,

diese Macht verlieren. Diese Kräfte können nicht anders als eine Kampfanfrage an die organisierte Arbeiterschaft aufgestellt werden. Es zwingt mich die Verantwortung vor der Zukunft, zu sagen, daß dieser andauernde Kampf, wenn er mit Gewaltmaßnahmen eingeleitet wird, nicht ohne allerschwersten Schaden von dem deutschen Volk wird ertragen werden können. Es würde bei dem Freiheitswillen und der Entschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft ein Kampf auf Leben und Leben werden, dessen fürchterliche Folgen die letzten Machthaber im voraus absehen müßten.“

# Umgestaltung des Polizeiwesens

Im Zusammenhang mit den in Preußen vorgenommenen Reformen über den Bereich des Reichsarbeitsministeriums befindet sich die Regierungspresse darauf hin, daß eine „organisierte Umgestaltung“ der gesamten Schutzpolizei geplant sei. In den gegenwärtigen Nachrichten ist der Plan gereift, die gesamte uninformierte Polizei einer gemeinsamen Aufsicht, indem man größere Gruppen unter einheitlichen Oberbefehl stellt und diese Gruppen gleichzeitig einem Polizeigeneral unterstellt. Die Herren Kommissare haben darüber zwar noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, aber es scheint so gut wie sicher, daß die staatlichen und gemein-

lichen Schutzpolizeiträfte, sowie die Landjäger unter einheitlicher Oberleitung „seiner als bisher zusammengefaßt werden sollen, um in Folge von Umrufen größeren Ausmaßes schnelle Veränderungen und Zusammenziehungen von Polizeiträften in bedrohten Gegenden zu ermöglichen.“

Die organisatorische Zusammenfassung der Polizeiträfte unter einheitlichem Oberbefehl — wie die Regierungspresse meidet — zur Folge haben, daß die Polizei nicht mehr den Regierungs- und Oberpräsidenten unterstellt wird, sondern ihren neuen Gruppentommandeuren, und diese direkt dem Minister

## Neuer Wechsel im Rundfunk

Nachdem dieser Tage erst der technische Reichsrundfunkkommissar Staatssekretär Bredow aus durchsichtigen Gründen seinen Posten niedergelegt hat, ist gestern der politische Reichsrundfunkkommissar Oberregierungsrat Conrad, der seit dem Rücktritt von Ministerialrat Scholz die politische Aufsicht über den deutschen Rundfunk führte, nach einer Verpledung mit Reichsinnenminister Fricke sofort seines Amtes entbunden worden. Nachfolger Conrad wurde sein persönlicher Referent Rudolph Krudenberg war von Scholz in die Reichsrundfunkgesellschaft gestellt worden; er ist früherer Offizier und Nationalsozialist.

Sourmaten zu seinem „persönlichen Referenten“ in das preußische Ministerium des Innern berufen und ihn zugleich zum Oberregierungsrat befördert.

## Ohne Auslandspässe

Hugenbergs „Berliner Lokal-Anzeiger“ teilt heute mit, daß außer Helmut von Gerlach auch dem Schriftstellers Lehmann-Hauschild und Karl von Dillig die Auslandspässe entzogen würden.

## Derr von Papen sandidiert

Im Südbayern sandidiert als Spigenantiball auf der deutschen Nationalen Liste von Bayern. Er hat ein entwerfendes Ersehen der Deutschnationalen in Südbayern bereits angenommen

Berens-Kalender

der Ostseecorrespondenz der ...

alle ...

Freitag, den 16. Februar, abends ...

Freitag, den 17. Februar, abends ...

Freitag, den 18. Februar, abends ...

Freitag, den 19. Februar, abends ...

Freitag, den 20. Februar, abends ...

Freitag, den 21. Februar, abends ...

Freitag, den 22. Februar, abends ...

Freitag, den 23. Februar, abends ...

Freitag, den 24. Februar, abends ...

Freitag, den 25. Februar, abends ...

Freitag, den 26. Februar, abends ...

Freitag, den 27. Februar, abends ...

Freitag, den 28. Februar, abends ...

Freitag, den 29. Februar, abends ...

Freitag, den 30. Februar, abends ...

Freitag, den 31. Februar, abends ...

Stadttheater

Ufa-Theater Alte Promenade

Eine Tür geht auf

Erk. Fiedler

Herrn Spielmanns

Walhalla

Das Land des Lächelns

Große Küchenchance

Möbel-Philipp

Reichsbaner

Eiserne Front

Edenburg-Torgau

Fitzek

Germania-Drogerie

Gasstüften

Sich Regen

Familien-Nachrichten

Ufa-Theater Alte Promenade

Eine Tür geht auf

Walhalla

Große Küchenchance

Möbel-Philipp

Reichsbaner

Eiserne Front

Edenburg-Torgau

Fitzek

Germania-Drogerie

Gasstüften

Sich Regen

Familien-Nachrichten

Täglich frisch

Nordsee-Seelachs

Freitag billiger

TRAUEN!

Volksblatt

Deffentliche Steuerermäßigung

Verlang von deiner Organisation

Unterstützung des "Volksblatt"

Gasstüften

Sich Regen

Familien-Nachrichten

Freitag billiger

TRAUEN!

Volksblatt

Deffentliche Steuerermäßigung

Verlang von deiner Organisation

Unterstützung des "Volksblatt"

Gasstüften

Sich Regen

Familien-Nachrichten

Planckuchen - Bäckerei

TRAUEN!

Volksblatt

Deffentliche Steuerermäßigung

Verlang von deiner Organisation

Unterstützung des "Volksblatt"

Gasstüften

Sich Regen

Familien-Nachrichten

Gasstüften

Sich Regen